

Inhalt

4. Soziale Ungleichheit

1. Grundlegendes	87
2. Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit	
1. Bildung	108
2. Beschäftigung und Beruf	127
3. Einkommen und Vermögen	135
4. Gesundheit	160
3. Theorien sozialer Ungleichheit	165
4. Strukturen sozialer Ungleichheit	170
5. Soziale Mobilität	175

5. Literaturverzeichnis 182

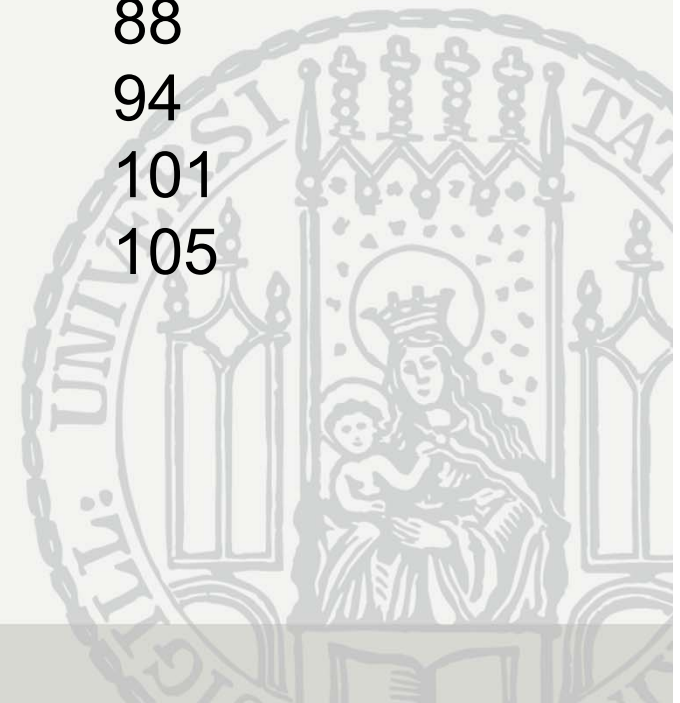
KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.1 Grundlegendes

4.1.1. Definition/Fragestellung	88
4.1.2. Soziale Gerechtigkeit	94
4.1.3. Chancengleichheit	101
4.1.4. Messung von Benachteiligung	105

Josef Brüderl

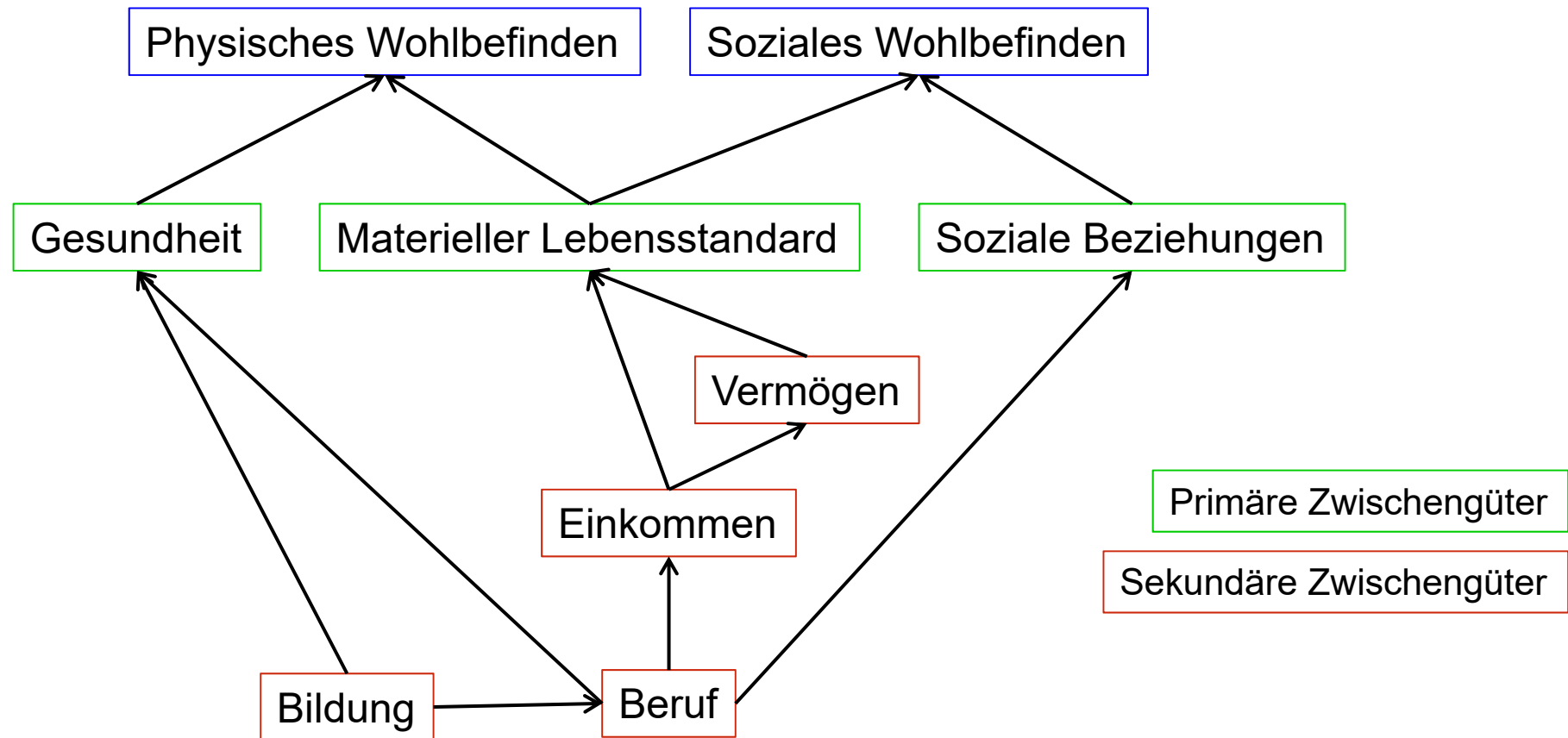
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Soziale Produktionsfunktionen

- Theorie sozialer Produktionsfunktionen
(Adam Smith 1776, Hartmut Esser 1993)
 - Allgemeine Theorie menschlicher Bedürfnisse
 - Grundannahme: Alle Menschen streben nach „Wohlbefinden“
 - Zwei Arten von Wohlbefinden
 - Physisches Wohlbefinden
 - Soziales Wohlbefinden (soziale Anerkennung)
- Wohlbefinden wird erzeugt durch „Zwischengüter“
 - Primäre Zwischengüter
 - Sind universelle Mittel zur Erzeugung von Wohlbefinden
 - Sekundäre Zwischengüter
 - Sind historisch und gesellschaftlich bedingte Mittel zur Erzeugung von Wohlbefinden
 - Wirken nur indirekt über die primären Zwischengüter auf das Wohlbefinden

Die „Produktion“ von Wohlbefinden



- Die Pfeile stehen für „erhöht/verbessert“
 - Hier sind nicht alle empirisch gesicherten Pfeile eingezeichnet!

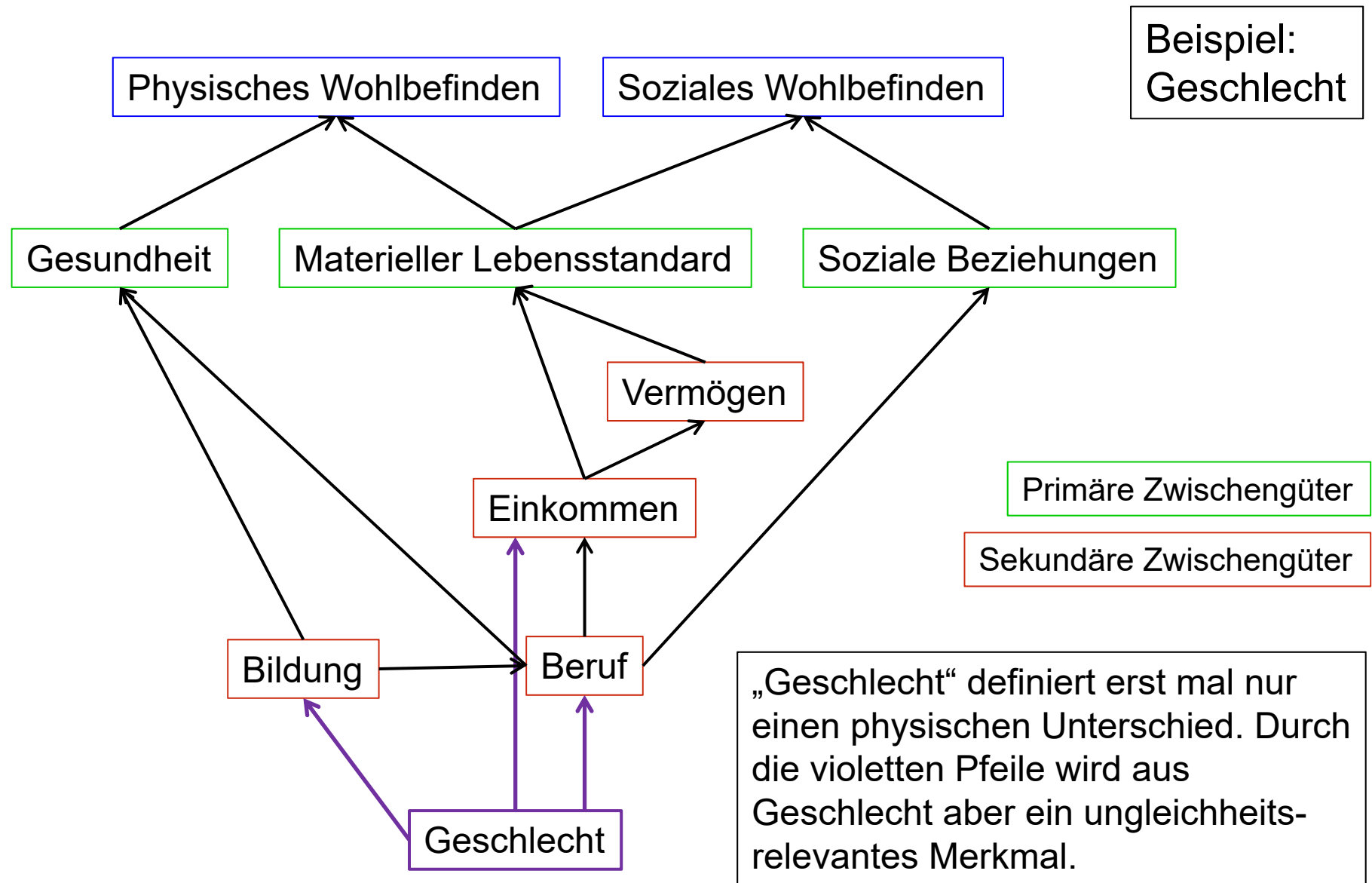
Soziale Ungleichheit

- **Definition I:** Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen unterschiedliches Wohlbefinden haben
 - Wird in der Ungleichheitsforschung eher selten verwendet, da
 - a) Ungleichheit dann sehr „subjektiv“ wäre und
 - b) „Wohlbefinden“ schwer messbar ist
- **Definition II:** Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Menschen über ein unterschiedliches Ausmaß an primären/sekundären Zwischengütern verfügen
 - Zwischengüter sind die „**Dimensionen sozialer Ungleichheit**“
- Anmerkungen
 - Annahme: Mehr/bessere Zwischengüter erhöhen das Wohlbefinden
 - Der Begriff ist wertfrei gemeint! Ob Ungleichheit „gerecht“ oder „ungerecht“ ist, ist eine andere Frage (s.u.)

Korrelate sozialer Ungleichheit

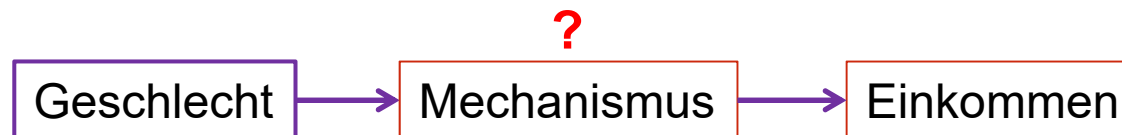
- Menschen unterscheiden sich auf vielen Merkmalen
 - Erworbene Merkmale: Beruf, Bildung, Einkommen, Vermögen, etc.
 - Zugeschriebene (askriptive) Merkmale: Herkunft, Geschlecht, Ethnizität, Blutgruppe, Haarfarbe, Alter, etc.
- Annahme: askriptive Merkmale beeinflussen das Wohlbefinden nicht direkt, sondern allenfalls indirekt über Zwischengüter
 - Manche askriptive Merkmale sind mit einem Mehr oder Weniger bei Zwischengütern (also sozialer Ungleichheit) verbunden
 - Herkunft (sozial/regional)
 - Physische Unterschiede (Alter, Geschlecht, Ethnizität)
 - Andere askriptive Merkmale beeinflussen die Zwischengüter nicht, erzeugen also keine soziale Ungleichheit
 - Blutgruppe, Haarfarbe
 - Zumindest sind mir bezüglich dieser Merkmale keine Studien bekannt, die Ungleichheiten nachweisen

Korrelate sozialer Ungleichheit



Die drei zentralen Fragen

- Das **Ausmaß der sozialen Ungleichheit?**
 1. Wie groß ist die Ungleichheit?
 - **Dimensionen sozialer Ungleichheit**
 - In dieser Vorlesung: Bildung, Beschäftigung / Beruf, Einkommen / Vermögen, Gesundheit
- Die **Ursachen der sozialen Ungleichheit?**
 2. Welche Zusammenhänge gibt es zwischen askriptiven Merkmalen und sozialer Ungleichheit?
 - **Korrelate sozialer Ungleichheit**
 3. Wie entsteht soziale Ungleichheit?
 - **Ungleichheitsgenerierende Mechanismen**



Eine 4. Frage: Ist soziale Ungleichheit gerecht?

- Ist es legitim/gerecht, wenn Menschen ungleiche Mengen an Zwischengütern haben, oder nicht?
 - Gerecht: entspricht normativen Gerechtigkeitsvorstellungen
 - Legitim: akzeptabel, weil vorteilhaft für die Gesellschaft
 - Man kann z.B. Einkommensungleichheit als ungerecht bewerten (weil alle Menschen gleich sein sollten), sie aber gleichzeitig als legitim akzeptieren (weil sie die Wohlfahrt aller fördert)
- Dies ist offensichtlich eine normative Frage
 - Antworten darauf sind letztlich wissenschaftlich nicht begründbar
 - Aber Wissenschaft kann die Gerechtigkeitsargumente systematisieren und die im Begründungsdiskurs verwendeten empirischen Sätze analysieren

Drei Gerechtigkeitsdimensionen

- Startbedingungen
 - Voraussetzungen zum Erwerb von Zwischengütern
 - Die Natur/Herkunft erzeugen unterschiedliche Startbedingungen
 - Sind Unterschiede in den Startbedingungen gerecht/legitim?
- Zuweisungsprinzip
 - Es gibt unterschiedliche Prinzipien, nach denen Zwischengüter zugewiesen/erworben werden können
 - Welches Zuweisungsprinzip ist gerecht/legitim?
- Das Ergebnis
 - Startbedingungen und Zuweisungsprinzip erzeugen ein bestimmtes Ausmaß an Ungleichheit
 - Welches Ausmaß an Ungleichheit ist gerecht/legitim?

Startbedingungen

- Die Startbedingungen von Menschen sind unterschiedlich
 - Sie unterscheiden sich in ihrer genetischen Ausstattung (kognitive und nicht-kognitive Fähigkeiten, Talent, Gesundheit)
 - Sie werden unterschiedlich erzogen (Sozialisation)
 - Sie erhalten unterschiedliches Startkapital (Erbe)
- Alle diese Unterschiede sind familial bedingt
 - Die Familie ist eine zentrale „Ungleichheitsmaschine“
- Normative Positionen bzgl. Startbedingungen
 - Ungleiche Startbedingungen sind unvermeidbar und deshalb legitim (**natürliche Ungleichheit**)
 - Ungleiche Startbedingungen sind unverdient, weshalb man versuchen sollte, die Startbedingungen anzugleichen (**Startchancengleichheit**)
 - Wo dies nicht geht, sollte der Zuweisungsmechanismus zugunsten der Schwachen „gebiast“ sein (**Nachteilsausgleich**)

Zuweisungsprinzipien

- Gleichheitsprinzip
 - „Jedem das Gleiche“
- Statusprinzip
 - „Jedem nach seinem (angeborenen) Status“
- Bedarfsprinzip
 - „Jedem nach seinen Bedürfnissen“
- Leistungsprinzip
 - „Jedem nach seiner Leistung/Produktivität“
- In modernen Gesellschaften werden je nach Feld durchaus unterschiedliche Zuweisungsmechanismen als legitim angesehen
 - Markt/Bildung: Leistungsprinzip
 - Familie: alle Prinzipien kommen in unterschiedlichen Situationen vor
 - Staat: Gleichheitsprinzip (aber auch andere Prinzipien)

Ergebnisungleichheit

- Bzgl. des Ergebnisses ist in modernen Gesellschaften im Prinzip Gleichheit die „Benchmark“
 - „Alle Menschen sind gleich“
- Es gibt allerdings Begründungen dafür, dass Ungleichheit in manchen Situationen doch legitim ist
 - Bedürfnisargument
 - Manche brauchen mehr, um auf das gleiche Wohlbefinden zu kommen
 - Fairnessargument
 - Es ist fair, dass Leute die mehr leisten, mehr Zwischengüter haben
 - Moralische Begründung des Leistungsprinzips
 - Wohlfahrtsargument
 - Aufgrund des Leistungsprinzips strengen sich die Menschen an und dadurch steigt der Wohlstand aller
 - „Rationale“ Begründung des Leistungsprinzips

Was ist „soziale Gerechtigkeit“?

- Darauf gibt es durchaus unterschiedliche Antworten. Im Prinzip versteht man unter „sozialer Gerechtigkeit“ ein Bündel normativer Forderungen bzgl. der drei Gerechtigkeitsdimensionen
 - Liberale Position: Leistungsgerechtigkeit
 - Natürliche Ungleichheit ist akzeptabel
 - Man sollte für Zuweisung nach dem Leistungsprinzip sorgen
 - Die dann resultierende Ungleichheit ist leistungsgerecht
 - Sozialdemokratische Position: „korrigierte“ Leistungsgerechtigkeit
 - Man sollte Startchancengleichheit herstellen (so gut es halt geht)
 - Man sollte für Zuweisung nach dem Leistungsprinzip sorgen
 - Die trotzdem resultierende Ungleichheit sollte durch Umverteilung in Richtung Ergebnisgerechtigkeit verkleinert werden

Soziale Marktwirtschaft

- Moderne Sozialstaaten (der Wohlfahrtsstaat) setzen im Prinzip die sozialdemokratische Position um
 - Startchancengleichheit
 - Abbau familialer Unterschiede (Vorschule, Erbschaftssteuer)
 - Leistungsprinzip
 - Im Prinzip zählt die Leistung im freien Markt
 - Der Staat sorgt dafür, dass das Leistungsprinzip nicht eingeschränkt wird (Antidiskriminierungsgesetze)
 - Nachteile in den Startbedingungen können durch „positive“ Diskriminierung ausgeglichen werden (Nachteilsausgleich)
 - Umverteilung
 - Sind die Ergebnisse zu ungleich, greift der Staat umverteilend ein (progressive Besteuerung, Sozialhilfe, Quotenregelungen, Mindestlohn)
- Der zentrale Dissens der Sozialpolitik: Wohlfahrtsargument
 - Wo liegt das optimale Ausmaß der Ungleichheit?
 - Ab wann fördert die Ungleichheit nicht mehr die Wohlfahrt aller?

Chancengleichheit

- Normative Position in Bezug auf intragenerationale Mobilität
 - Zentral in der modernen Gerechtigkeitsdiskussion
- Chancengleichheit I: Zuweisung nach dem Leistungsprinzip
 - Die Belohnung soll proportional zur Leistung sein
 - „Jeder sollte die Chance haben, seine Talente zur Entfaltung zu bringen“
- Chancengleichheit II: erweitert um Startchancengleichheit
 - Jeder sollte gleiche Startbedingungen haben
 - „Jeder sollte eine Chance haben, wenn er sich nur anstrengt“
- Das Gegenteil ist „Benachteiligung“
 - Benachteiligung I: $\text{Ergebnis} = f(\text{Leistung}) + X$
 - X (Diskriminierung) verletzt die Chancengleichheit
 - Benachteiligung II: $\text{Ergebnis} = f(\text{Anstrengung} \times \text{Fähigkeit}) + X$
 - Zusätzlich verletzen (angeborene, anerzogene) Fähigkeitsunterschiede die Chancengleichheit
- Chancengleichheit ist nicht Ergebnisgleichheit: wer sich weniger anstrengt, der bekommt weniger

Was ist „Diskriminierung“?

- Diskriminierung ist die Verletzung des legitimen Zuweisungsprinzips
 - Meist implizit: „negative“ Diskriminierung (Benachteiligung)
 - Es gibt aber auch „positive“ Diskriminierung (Bevorzugung)
 - In Bereichen, in denen das Gleichheitsprinzip herrscht (z.B. Justiz, Wahlen)
 - Jede Ungleichbehandlung wird als Diskriminierung angesehen
 - Z.B.: härtere Strafen für Ausländer, kein Wahlrecht für Frauen, Benachteiligung von Behinderten bei der Wohnungsvergabe
 - In Bereichen, in denen das Leistungsprinzip herrscht (Bildungssystem, Arbeitsmarkt)
 - Ungleichbehandlung bei Leistungsunterschieden ist legitimiert
 - Werden aber Personen bei gleicher Leistung ungleich behandelt, so ist das auch in diesen Bereichen Diskriminierung
 - Z.B.: systematisch schlechtere Noten für Jungs und Arbeiterkinder, geringerer Lohn für Frauen bei gleicher Arbeit und Leistung

Antidiskriminierungsgesetz

- Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz
 - „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz von 2006 (AGG)
 - § 1: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“
 - § 2 Anwendungsbereich:
 - Einstellung, Lohn, beruflicher Aufstieg, Entlassung, Berufsbildung
 - Bildung
 - Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum
 - § 5 Positive Maßnahmen: „Eine unterschiedliche Behandlung ist zulässig, wenn durch geeignete und angemessene Maßnahmen bestehende Nachteile wegen eines in § 1 genannten Grundes ausgeglichen werden sollen.“
- Das GG verpflichtet den Staat, das AGG die Privatwirtschaft

Diskussionen über Diskriminierung

- Ist Benachteiligung in Familie/privatem Bereich legitim?
 - Wohnungsvergabe
 - Ein Makler/Vermieter darf bei der Wohnungsvergabe nicht benachteiligen (§ 19 AGG)
 - Aber bei der Vergabe eines Zimmers zur Untervermietung/in einer Wohngemeinschaft darf man das? (Ja, nach § 19 Abs. 5 AGG)
 - Ist es Diskriminierung, wenn man seinen Partner in Abhängigkeit von Merkmalen auswählt (z.B. nach Herkunft, politischer Anschauung, etc.)?
- Ist positive Diskriminierung (Nachteilsausgleich) zur Herstellung von Chancengleichheit legitim?
 - Nein: Art. 3 Abs.3 GG, Ja: § 5 AGG
 - Affirmative Action in den USA: geringere Zulassungshürden an Unis für afroamerikanische Bewerber
 - In D diskutiert: Frauenquoten, Migrantenquoten, Zulassungsquoten für Kinder ärmerer Eltern

Die Messung von Benachteiligung

- Vergleich des Bildungsaufstiegs zweier Gruppen A und B

N (Fallzahl)	A	B	P (Whs.) x 100	A	B
Hauptschule	100	70	Hauptschule	50	35
Gymnasium	100	130	Gymnasium	50	65
	200	200			

- Am einfachsten: Verhältnis der Aufstiegswahrscheinlichkeiten

$$\frac{P(\text{Gym}|B)}{P(\text{Gym}|A)} = \frac{65}{50} = 1,3$$

- Stattdessen werden häufig die Aufstiegschancen (odds) betrachtet

$$O_A = \frac{N(\text{Gym}|A)}{N(\text{Haupt}|A)} = \frac{100}{100} = 1, \quad O_B = \frac{N(\text{Gym}|B)}{N(\text{Haupt}|B)} = \frac{130}{70} = 1,86$$

- und das Aufstiegschancenverhältnis berechnet (Odds-Ratio, OR)

$$OR = \frac{O_B}{O_A} = 1,86 / 1 = 1,86$$

Die Messung von Benachteiligung

- Interpretation von ORs
 - $OR < 1$ B hat kleinere Chancen (B benachteiligt)
 - $OR = 1$ A und B haben gleiche Chancen (keine Benacht.)
 - $OR > 1$ B hat größere Chancen (A benachteiligt)
- Beispiel: $OR = 1,86$
 - Die „Chance“ auf das Gymnasium zu gehen, ist in Gruppe B fast doppelt so hoch wie in Gruppe A
 - Gruppe A ist benachteiligt
- **Achtung: Odds-Ratios werden häufig falsch interpretiert!**
 - $OR = 1,86$ bedeutet nicht, dass die Aufstiegswahrscheinlichkeit in Gruppe B 1,86-mal so hoch ist wie in Gruppe A
 - Tatsächlich ist die Aufstiegswahrscheinlichkeit in Gruppe B nur 1,3-mal so hoch!

Die Messung von Benachteiligung

- Die vorhin berechnete OR berücksichtigt keine Leistungsunterschiede (Brutto-OR)
 - Deswegen könnten die beobachteten Unterschiede auch auf unterschiedliche Leistung der Gruppen A und B zurückzuführen sein
 - Aus der Brutto-OR auf Benachteiligung zu schließen ist voreilig!
(zumindest im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt)
- Man muss für Leistung kontrollieren (Netto-OR)

N (Fallzahl)	Gruppe A		Gruppe B	
	Note 1-2	Note 3-4	Note 1-2	Note 3-4
Hauptschule	20	80	30	40
Gymnasium	80	20	120	10
	100	100	150	50

$$OR_{1-2} = \frac{120}{30} / \frac{80}{20} = 1$$

$$OR_{3-4} = \frac{10}{40} / \frac{20}{80} = 1$$

- Es liegt also tatsächlich **keine** Benachteiligung vor
(im Sinne des Konzepts I von Chancengleichheit)

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.1 Bildung

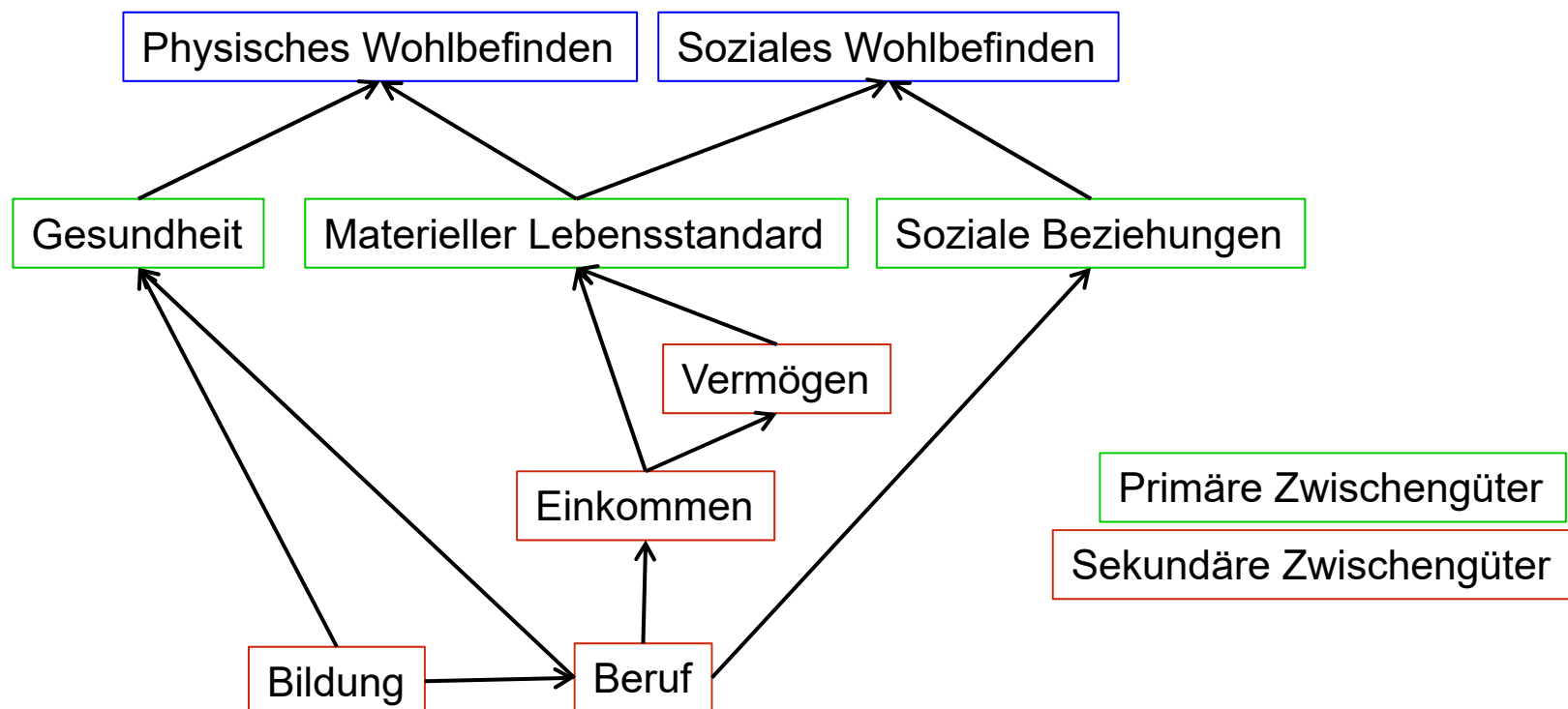
Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Meritokratie

- Die soziale Position beruht in modernen Gesellschaften auf eigenen Leistungen in Bildung und Beruf (Leistungsgesellschaft)
 - In meritokratischen Gesellschaften hat die Bildung eine Schlüsselfunktion im Prozess der Statuserreichung
 - Das Bildungssystem ist in meritokratischen Gesellschaften die zweite zentrale „Ungleichheitsmaschine“ (neben der Familie)



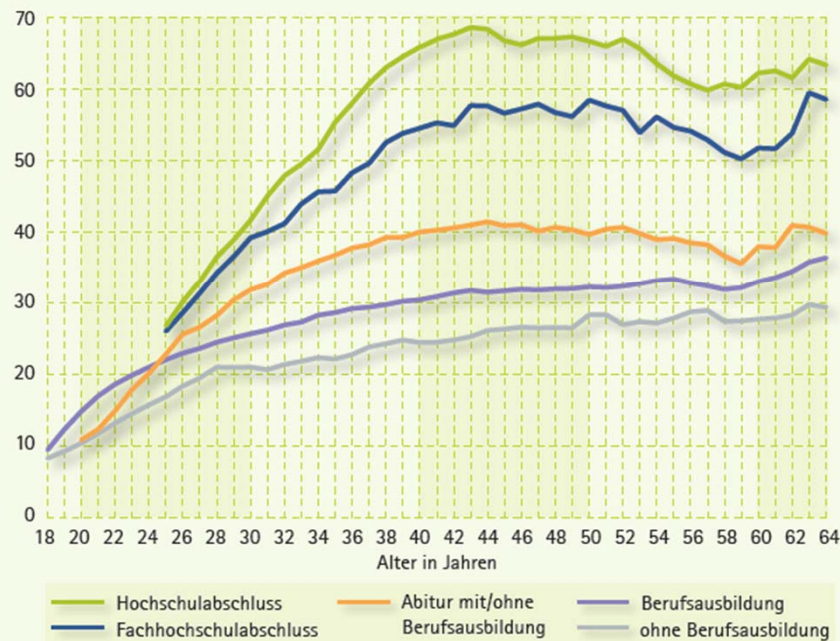
Bildung lohnt sich

- Bildung ist ein Produktionsfaktor („Humankapital“, Gary S. Becker 1964)
 - Bildung liefert Wissen (Kompetenz)
 - Wissen steigert die Leistungsfähigkeit / Produktivität
 - Produktivere bekommen einen besseren Job / höhere Löhne (Bildungsrendite)

Abbildung 2

Durchschnittliche Brutto-Jahresentgelte
nach Lebensalter und höchstem Bildungsabschluss

in 1.000 Euro



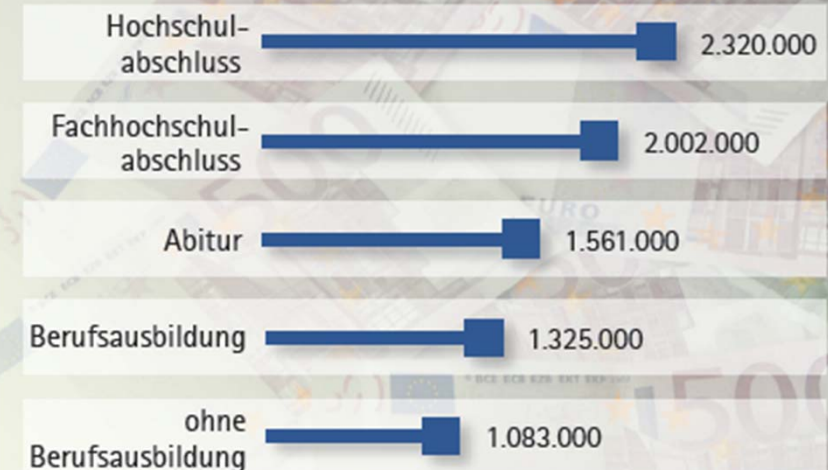
Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Stichprobe
der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB).

© IAB

Abbildung 1

Durchschnittliche Lebensverdienste
nach höchstem Bildungsabschluss

in Euro

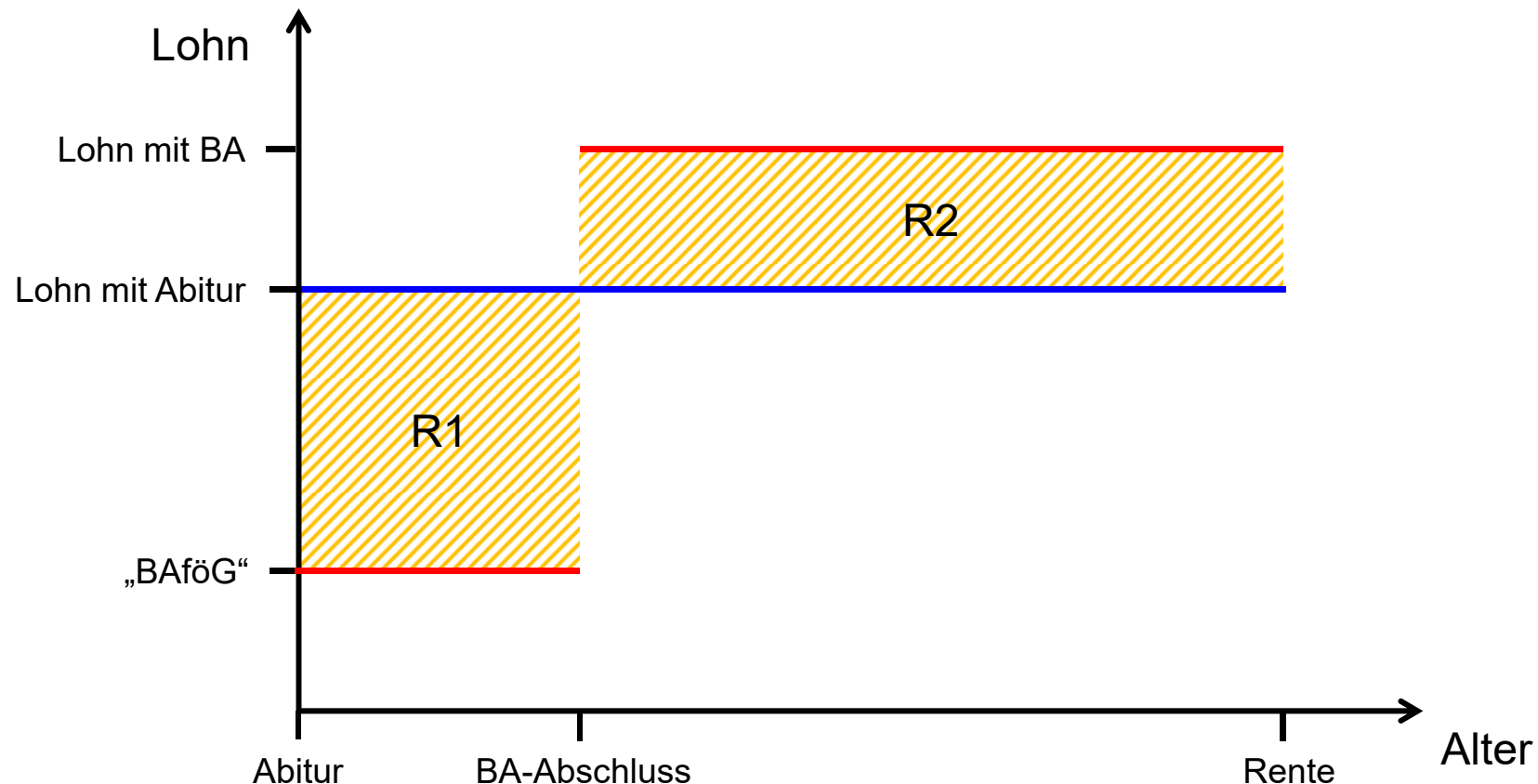


Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis der Stichprobe
der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB).

© IAB

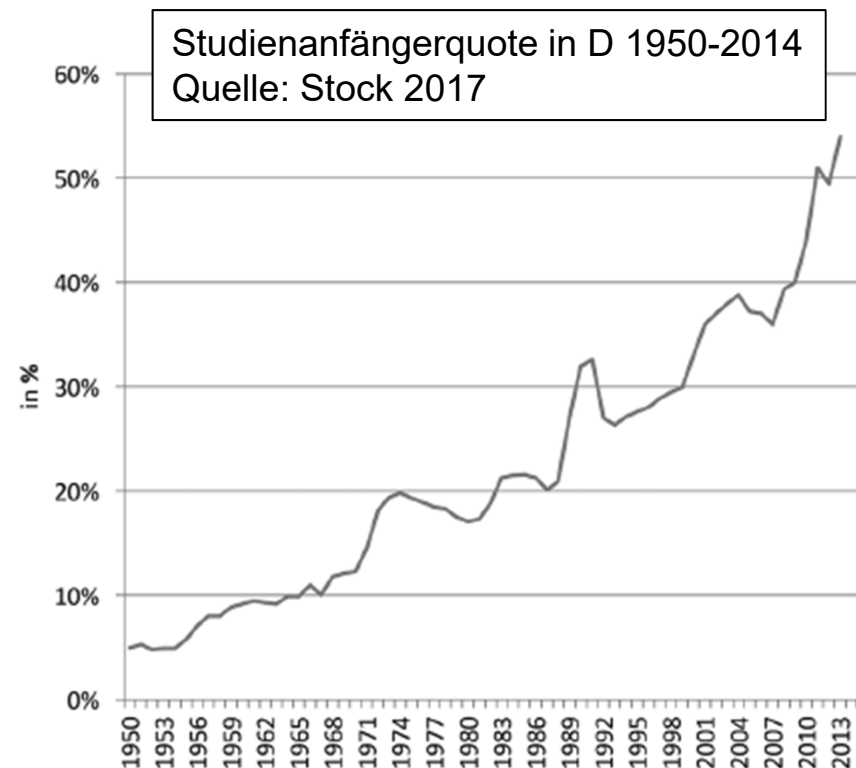
Humankapitaltheorie

- Heute anfallende Kosten (finanzieller Aufwand, physische Anstrengungen und Opportunitätskosten)
- Zukünftig zu erwartender Nutzen: höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen
- Gegeben seine Fähigkeiten und Restriktionen optimiert jeder Mensch den Umfang seiner Investitionen in Humankapital



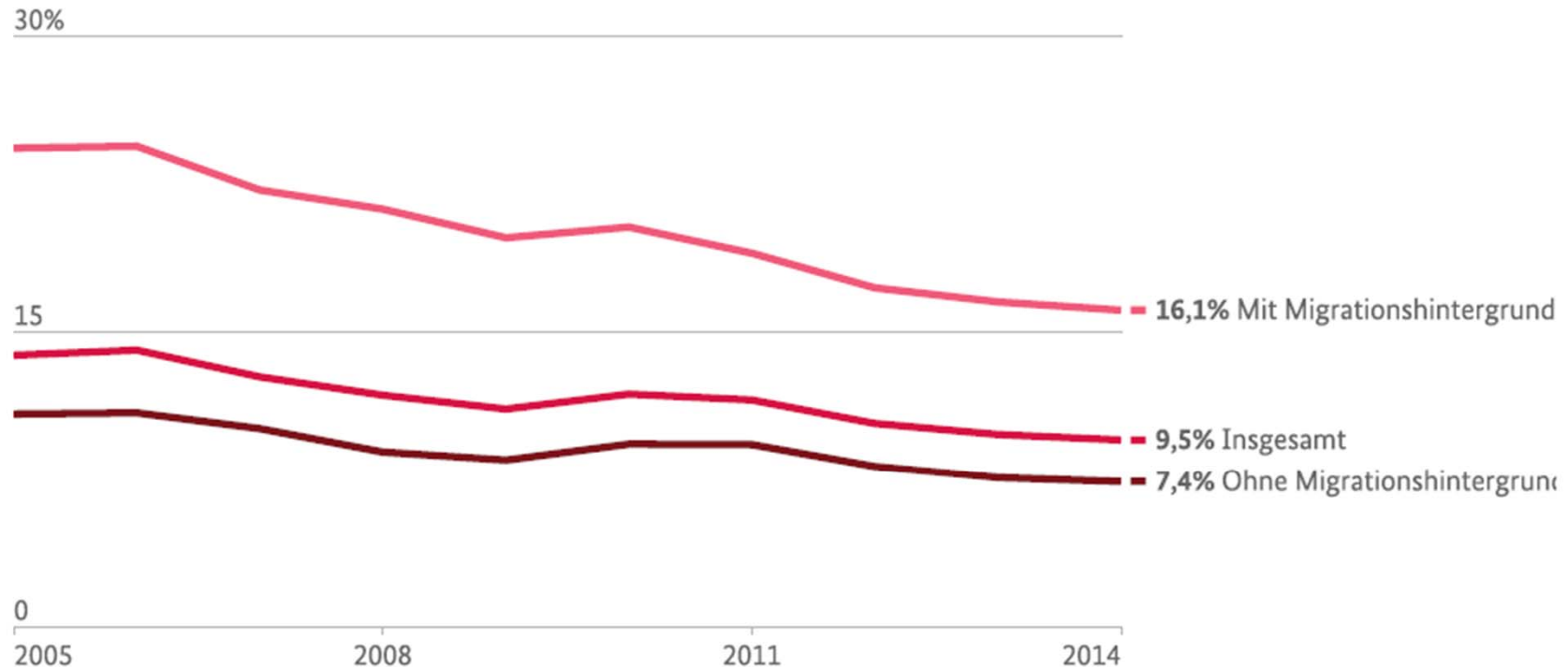
Die Bildungsexpansion

- 1950 war höhere Bildung die Ausnahme
 - 80% eines Jahrgangs hatten Volksschulabschluss
- Ab 1950: Expansion der beruflichen Ausbildung
 - Vor allem bei den Frauen
- Ab 1970: Expansion Sekundarstufe II und Hochschule
 - Anteil nur mit Hauptschule sank auf unter 30%
 - Werte für 2008
 - 45% des Altersjahrgangs mit (Fach-)Abitur
 - 40% begannen ein Studium (Studienanfängerquote)
 - 26% mit Hochschulabschluss (Absolventenquote)



Bildungsarmut

Abbildung 31: Entwicklung des Anteils der frühen Schulabgänger an allen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren nach Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Quelle: Bundesregierung (2016)

- Früher Schulabgang: Max. Sekundarstufe I (Haupt-, Realschule, keine Berufsausbildung)
- Schulabbrecher: keinen Hauptschulabschluss (2014 bei 6%)

Erklärung der Bildungsexpansion

- Geringe Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich
 - Georg Picht (1964) „Die deutsche Bildungskatastrophe“
- Humankapitalerklärung
 - Wandel der Berufsstruktur hin zu wissensintensiven Tätigkeiten
- Bildung ist Signal
 - Wettbewerb um die höchsten Abschlüsse („rat race“)
- Bildungskatastrophe II: der „Akademisierungswahn“?
 - Die Mehrheit eines Jahrgangs beginnt inzwischen ein Studium
 - An den Unis aber nach wie vor wissenschaftliche Ausbildung. Folge: hohe Abbruchquoten
 - Viele ehemalige Ausbildungsberufe werden akademisiert
 - Der dualen Berufsausbildung (ein deutsches Erfolgsmodell) gehen die Auszubildenden aus

Bildungsungleichheit: Geschlecht

- Früher (1950) hatten die Frauen weniger Bildung
 - 2/3 Frauen ohne berufliche Ausbildung, nur 1/3 der Männer
 - Nur ein Viertel der Abiturienten waren Frauen
- Inzwischen haben die Frauen die Männer überholt
 - Abiturientenquote 2008: Männer 41%, Frauen 49%
 - Absolventenquote 2008: Männer 25%, Frauen 28%
- Nach wie vor: „horizontale Ungleichheit“
 - Z.B. Fächerwahl an der Hochschule ist noch ungleich
 - 50% der Männer studieren Natur-/Ingenieurwiss., 20% der Frauen
 - Bei den Frauen dominieren die Geisteswissenschaften

Mechanismen der Bildungsungleichheit

- Was sind die Mechanismen hinter Bildungsungleichheiten?
Mit Raymond Boudon (1974) unterscheidet man heute
 - Primäre Effekte: Leistungsunterschiede
 - Leistung im Bildungssystem hängt stark von den kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten ab (z.B. Intelligenz und Fleiß)
 - Zwischen Gruppen können sich die Fähigkeiten unterscheiden
 - Sekundäre Effekte: Benachteiligung bei gleicher Leistung
 - Leistungsbewertungen können „gebiast“ sein (Lehrer), Bildungsentscheidungen hängen von der Bildungsaspiration ab (Eltern)
- Ist Bildungsungleichheit ungerecht?
 - Unterschiede, die auf primäre Effekte zurückgehen, sind legitim, da im Bildungssystem das Leistungsprinzip gilt
 - Erweiterte Auffassung von Chancengleichheit: auch primäre Effekte sind ungerecht, wenn sie auf Startchancenungleichheit beruhen
 - Unterschiede, die auf sekundäre Effekte zurückgehen, sind ungerecht, da sie „leistungsfremd“ sind

Mechanismen geschlechtsspezifischer Bildungsungleichheit

- Primäre Effekte
 - Unterschiede in den kognitiven Fähigkeiten: Jungs sind in Mathe besser (14 Punkte, PISA 2012), Mädchen beim Lesen (44 Punkte)
 - Da Lesekompetenz Grundlage vieler schulischer Leistungen ist, haben Mädchen einen Leistungsvorsprung in vielen Fächern
 - Geringerer Fleiß mancher Jungs
 - „The problem with boys“: Maskulinität wird durch Anti-Schulhaltung konstruiert
- Sekundäre Effekte
 - Früher gab es explizite Barrieren für Frauen
 - Bis vor hundert Jahren durften Frauen nicht auf die Uni
 - Frauen waren Bäuerin bzw. Hausfrau und Bildung „lohnte“ nicht
 - Heute sind diese Barrieren für Frauen verschwunden
 - Aber umgekehrt: den „Problem-Boys“ (s.o.) wird es heute im Bildungssystem schwer gemacht („Die Jungen-Katastrophe“)

Bildungsungleichheit: soziale Herkunft

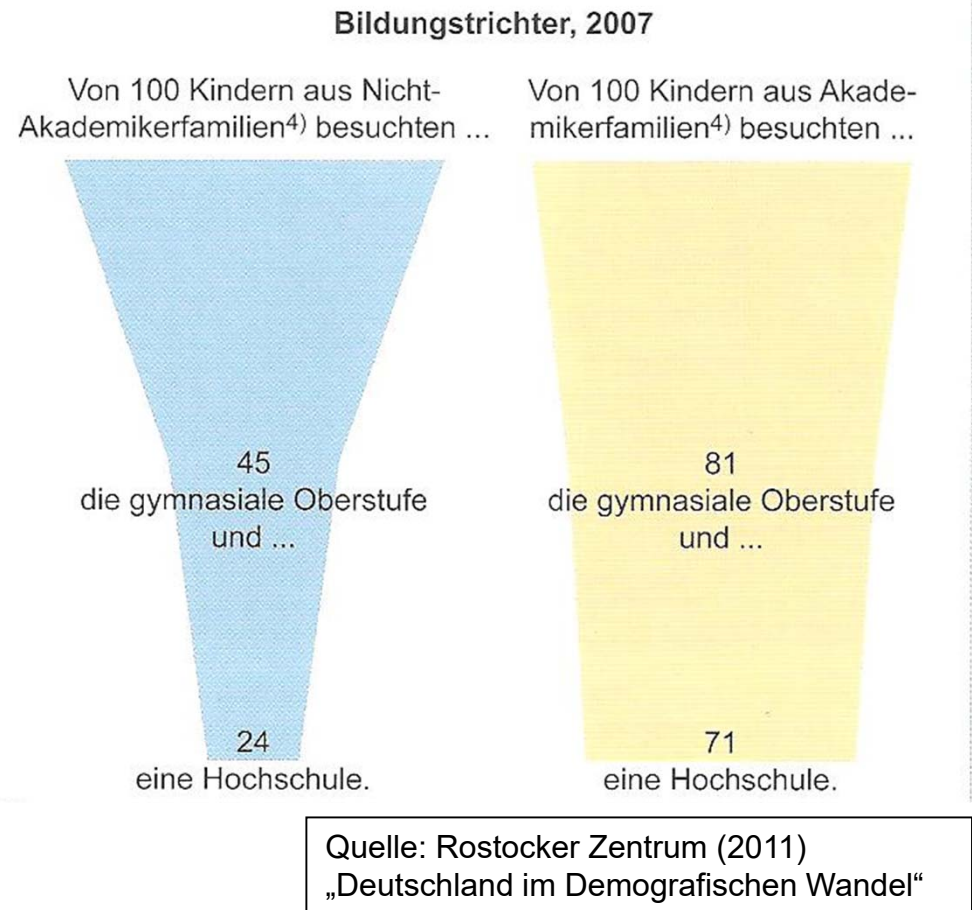
- Kinder höherer/bildungsnaher Herkunft haben mehr Bildung
 - Häufigerer Übergang ins Gymnasium
 - Häufigeres Studium

- Besuch Gymnasium
 - Gemessen durch das Chancenverhältnis (OR)

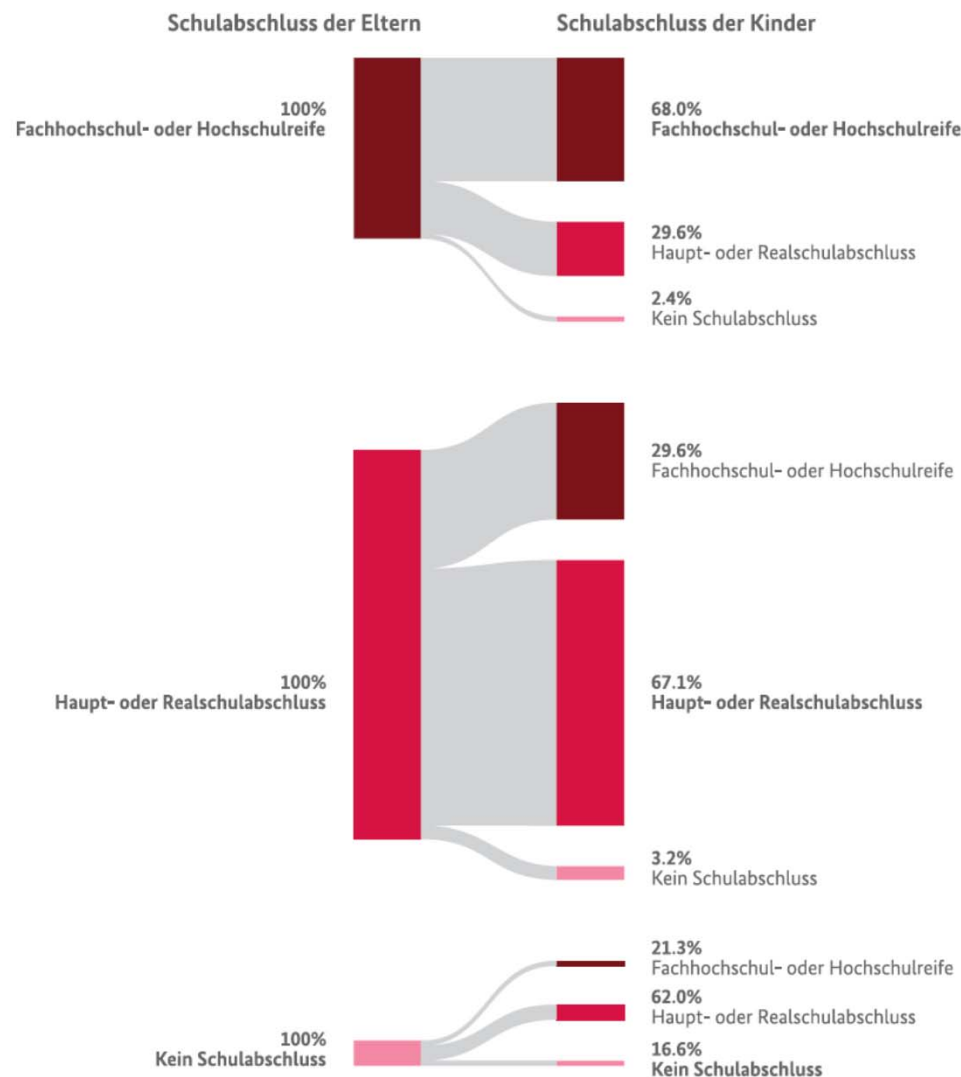
$$\begin{aligned} \text{OR} &= \frac{\frac{P(\text{Gym}|\text{Akademikerkind})}{P(\neg\text{Gym}|\text{Akademikerkind})}}{\frac{P(\text{Gym}|\neg\text{Akademikerkind})}{P(\neg\text{Gym}|\neg\text{Akademikerkind})}} \\ &= \frac{81}{19} \bigg/ \frac{45}{55} = 5,21 \end{aligned}$$

- Besuch Hochschule

- $\text{OR} = \frac{71}{29} \bigg/ \frac{24}{76} = 7,75$



Bildungstrichter 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Sonderauswertung.

Quelle: Bundesregierung (2016)

- Hier betrachtet man nicht den Besuch einer Bildungsinstitution, sondern den Abschluss
- Nachteil ist aber, dass die berufliche Bildung ignoriert wird
- OR Abitur vs. kein Abi

$$OR = \frac{\frac{68}{32}}{\frac{30}{70}} = 4,96$$

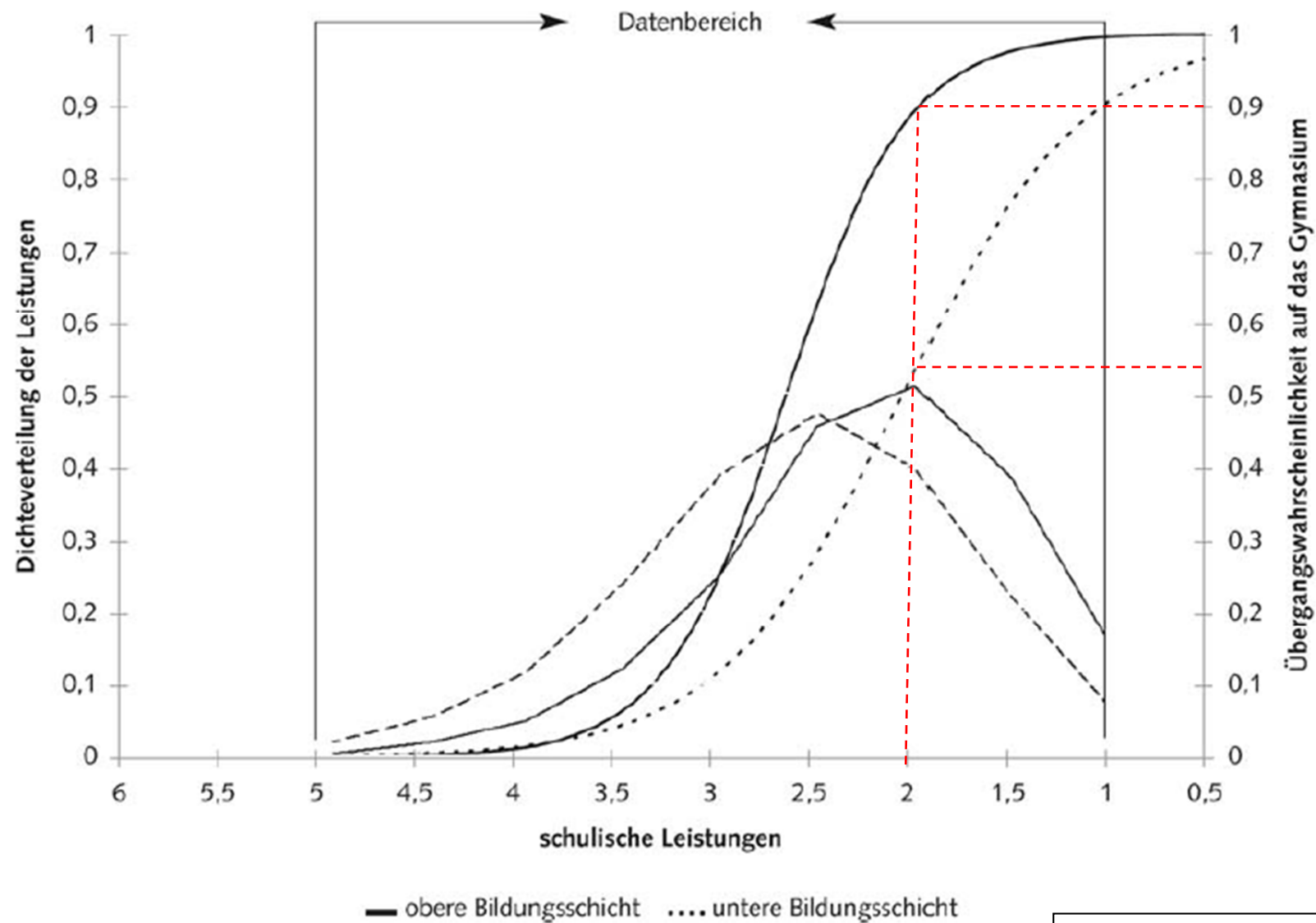
Mechanismen herkunftsspezifischer Bildungsungleichheit

- Häufig wird vermutet, der Mechanismus sei „Geld“
 - Kinder aus besserem Haus haben eher Privatschule, Nachhilfe, etc.
 - Aber das ist nicht der entscheidende Mechanismus
- Die empirische Bildungsforschung zeigt:
 - Primärer Effekt: Kinder höherer Schichten zeigen bessere Leistungen
 - Vererbung kognitiver/nicht-kognitiver Dispositionen von Eltern auf Kinder
 - Die Möglichkeiten des frühkindlichen Kompetenzerwerbs sind in Elternhäusern höherer Schichten besser (Sozialisation)
 - Sekundärer Effekt: Eltern/Kinder aus höheren Schichten entscheiden sich bei gleicher Leistung eher für den Besuch einer höheren Schule
 - Lehrer geben Kindern höherer Schichten eher Übertrittsempfehlung
 - Weil sie fehlende Unterstützung durch das Elternhaus antizipieren
 - Eltern aus höheren Schichten betreiben eher einen Übertritt
 - Statuserhaltungsmotiv: Kindern soll es mindestens gleich gut gehen
 - Humankapitalkalkül: Erträge/Erfolgswahrscheinlichkeit der Bildung werden höher eingeschätzt, Kosten der Bildung leichter zu tragen

Studie: Übertritt aufs Gymnasium

- Studie von Martin Neugebauer (2010) Zeitschrift für Soziologie
- Daten: DJI-Kinderpanel 2002-2005 (N=538)
 - Übertritt auf das Gymnasium nach der 4. Klasse ja/nein
 - Schulische Leistung gemessen in Schulnoten (Durchschnitt Deutsch- und Mathenote 4. Klasse, Halbjahreszeugnis)
 - Soziale Herkunft dichotomisiert
 - Obere Bildungsschicht: mindestens ein Elternteil verfügt über die (Fach-) Hochschulreife
 - Untere Bildungsschicht: kein Elternteil hat (Fach-) Hochschulreife
- Ergebnisse (s. nächste Folie)
 - Primärer Effekt: Kinder der oberen Schicht haben bessere Noten
 - Sekundärer Effekt: insbesondere in der Mitte der Notenverteilung haben die Kinder der oberen Schicht höhere Übergangsraten
 - Z.B. Note 2: ca. 90% versus ca. 54%
 - Anteil der beiden Mechanismen an den Schichtunterschieden: Primärer Effekt 41%, Sekundärer Effekt 59%

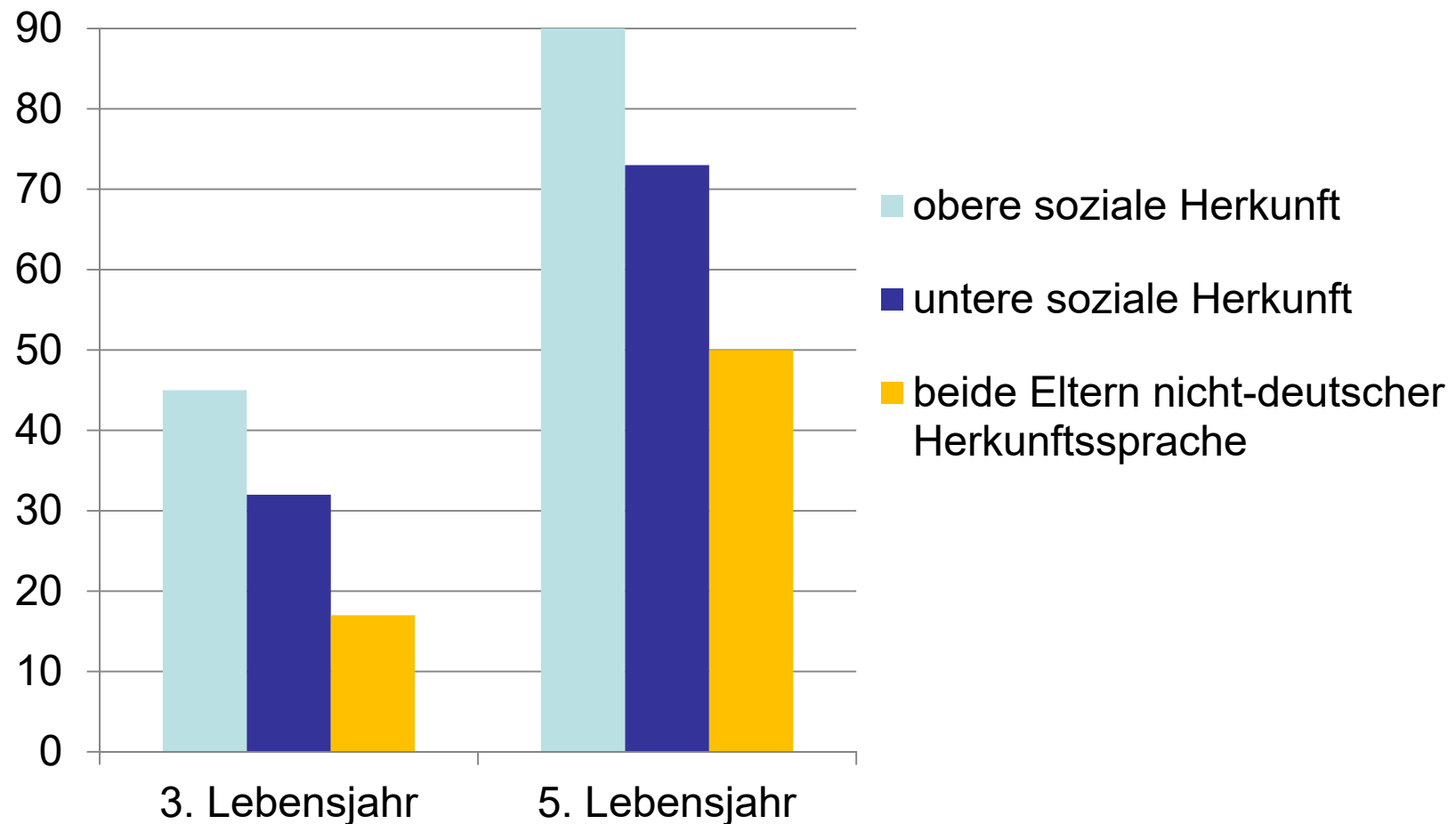
Studie: Übertritt aufs Gymnasium



Quelle: Neugebauer (2010) ZfS

Studie: Primäre Effekte im Kindergarten

Mittlere Anzahl gewusster Wörter im Wortschatztest
Quelle: BIKS 3-13 Projekt, Uni Bamberg



Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem

- Oft als Gerechtigkeitsmaßstab verwendet: Brutto-OR = 1
 - Beispiel oben: Brutto-OR beim Übertritt ins Gymnasium = 5,21
 - Daraus wird oft gefolgert, dass das Bildungssystem ungerecht ist
 - Aber: die Brutto-OR vermischt primäre und sekundäre Effekte
 - Normalerweise bewertet man Leistungsunterschiede nicht als ungerecht
 - Deshalb ist es zu kurz gegriffen, für die Beurteilung der Gerechtigkeit des Bildungssystems nur auf die Brutto-OR zu schauen
- Man muss für die Leistungsunterschiede in den Gruppen kontrollieren (Netto-OR)
 - Die Netto-OR erfasst nur sekundäre Effekte
 - Die werden normalerweise als ungerecht bewertet
- Aus der Perspektive „Chancengleichheit II“ sind allerdings auch primäre Effekte (solange sie auf unterschiedliche Startchancen zurückzuführen sind) ungerecht

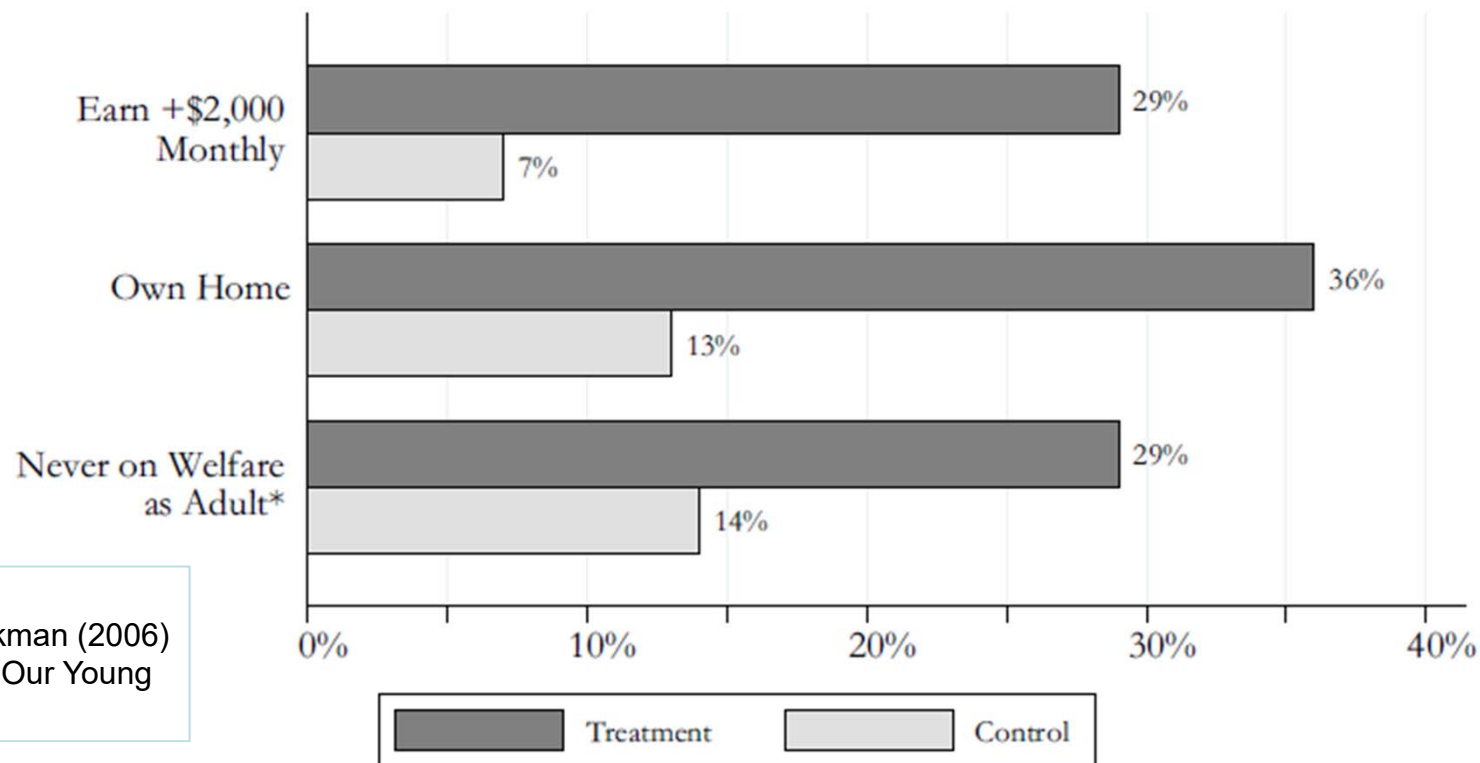
Reduktion von Bildungsungleichheit

- Reduktion sekundärer Effekte
 - Lehrern keine Information über sozialen Status der Eltern geben
 - Übertrittsempfehlungen der Schulen bindend machen
 - Übertritt in höherem Alter (z.B. nach 9. Klasse)
 - Eltern über den Wert von Bildung aufklären
- Reduktion primärer Effekte durch frühe Beschulung
 - Indem man die frühkindliche Sozialisation aus der Familie in Kita/Kindergarten verlagert, werden Herkunftseffekte abgebaut
 - Problem: Kita-Besuch eher von Kindern aus bildungsnahen Familien (differentielle Inanspruchnahme)
 - Forschung diesbezüglich noch am Anfang
 - Effekte frühkindlicher Bildung aufgrund der differentiellen Inanspruchnahme schwer festzustellen

Investing in Our Young People

- Perry Preschool Experiment
 - Treatment im Alter 3-5: Unterschicht-Kinder, Vormittags Preschool, Nachmittags Besuch von Erziehern
 - Outcome: Schulleistungen, Kriminalität, Erfolg

Perry Preschool Program: Economic Effects at Age 27, by Treatment Group



Quelle:
Cunha/Heckman (2006)
Investing in Our Young
People.

Source: Barnett (2004). *Updated through Age 40 using recent Perry Preschool Program data, derived from self-report and all available state records.

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.2 Beschäftigung und Beruf

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Beruf

- Die Einbindung in den Arbeitsmarkt ist heute für die meisten Menschen ein wichtiges Ziel (Arbeitsgesellschaft)
 - Beruf ist heute die zentrale Dimension sozialer Ungleichheit
- Beruf hängt stark von Bildungszertifikaten (Humankapital) ab
 - In Deutschland durch die berufliche Ausbildung und das Laufbahnsystem im öffentlichen Dienst besonders enge Koppelung
 - Insbesondere daraus ergibt sich die Bedeutung von Bildungsungleichheit
- Der ausgeübte Beruf prägt die soziale Position
 - Physisches Wohlbefinden stark vom Beruf abhängig
 - Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit, Alterssicherung, Einkommen
 - Soziales Wohlbefinden stark vom Beruf abhängig
 - Berufsprestige, soziale Beziehungen

Beruf und Wohlbefinden

Einkommen

- Bruttojahresverdienst von abhängig Vollzeitbeschäftigten (2017)
 - Durchschnitt ist ca. 45.000 €
- Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturen 2014

Beruf	SIOPS
Arzt	78
Richter	76
Soziologe	67
Parlamentarier	64
Sekretär	53
Bauarbeiter	36
Müllmann	13

Beruf	Einkommen
Vorstandsvorsitz. DAX	0,6-16 Mio.
Fußballprofi	0,5-10 Mio.
Kanzlerin	210.000
Maschinenbauingenieur	74.000
Geisteswissenschaftler	51.000
Hochschuldozent	51.000
Frisör	17.000
Mindestlohn (2019)	19.000

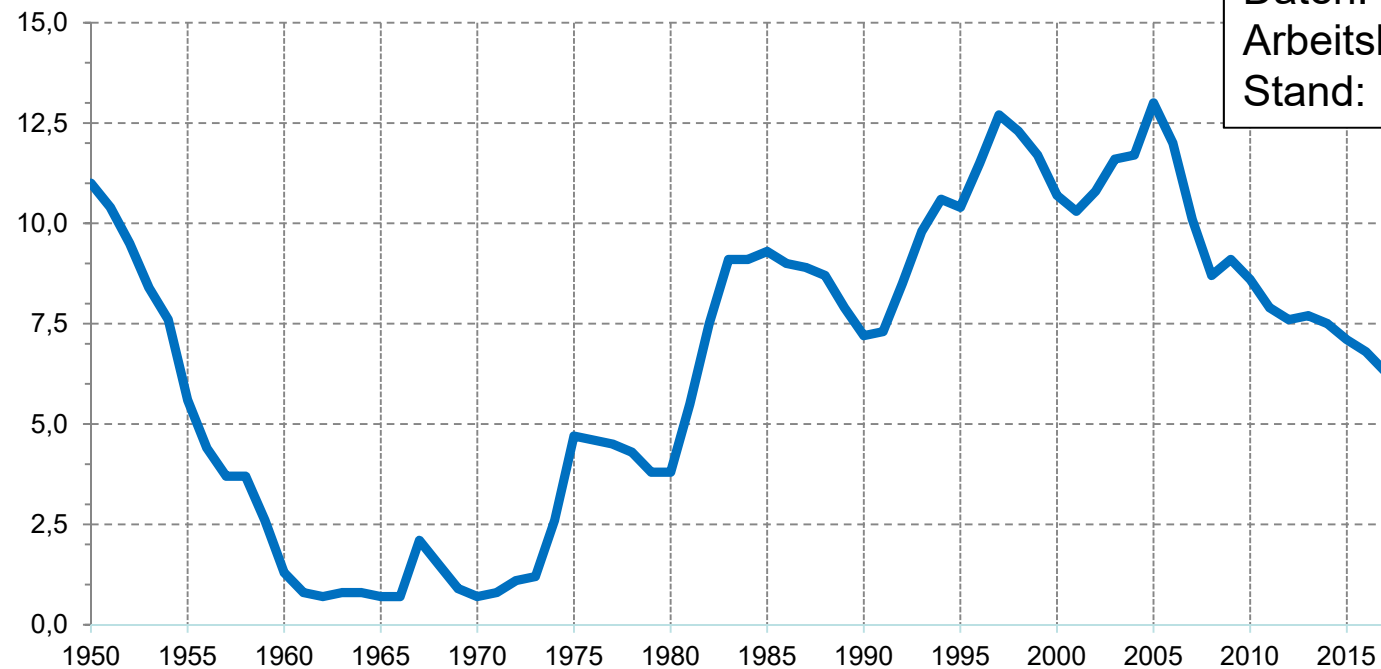
Berufsprestige

- SIOPS: Standard International Occupational Prestige Scale
- Befragte in 55 Ländern sollten Berufe in eine Rangreihe bringen (Treiman 1977)

Arbeitslosigkeit

- Definition der Bundesagentur für Arbeit (BA)
 - Alle Erwerbslosen, die bei der BA arbeitslos gemeldet sind
 - Geringfügige Beschäftigung ist erlaubt (<15 Std.)
 - Arbeitslosenquote
 - Im Graphen: bezogen auf abhängige Erwerbspersonen
 - In der Öffentlichkeit: bezogen auf **alle** Erwerbspersonen (2017: 5,7 %)

Arbeitslosenquote in D 1950-2017
(bis 1990 nur Westdeutschland)

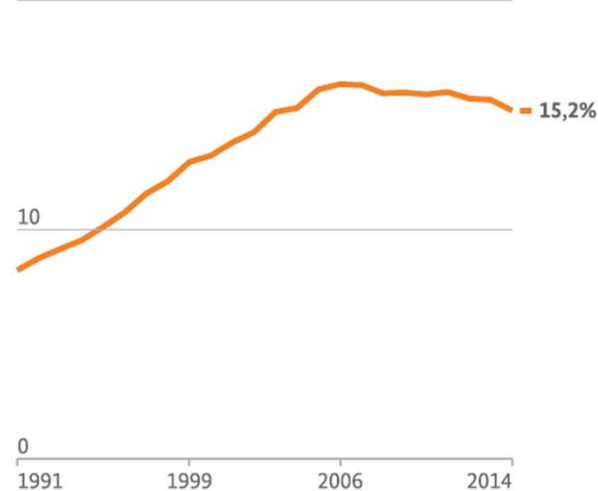


Eigene Darstellung.
Daten: Statistik der BA,
Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf
Stand: November 2018

Atypische Beschäftigung

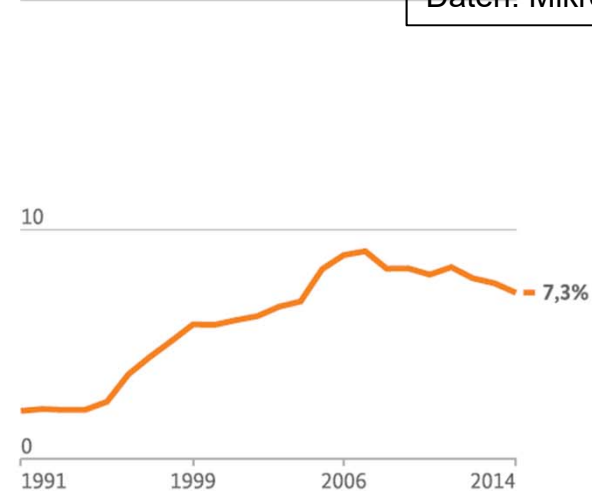
Teilzeitbeschäftigte bis zu 20 Wochenstunden

20%



Geringfügig Beschäftigte

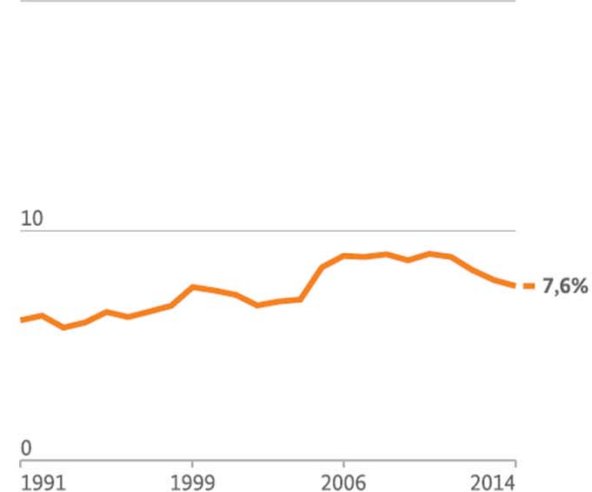
20%



Quelle: Bundesregierung (2016)
Daten: Mikrozensus

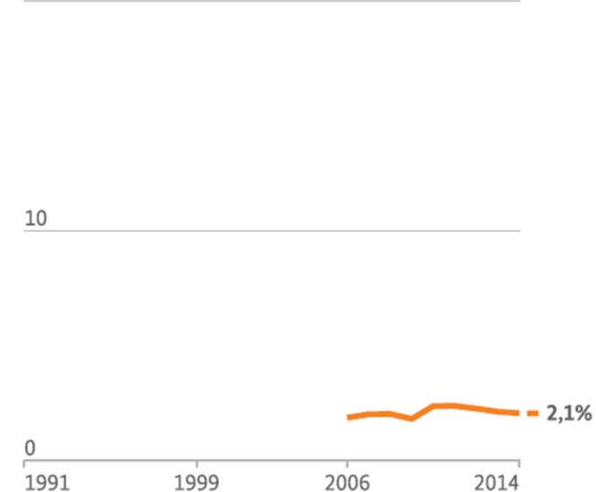
Befristet Beschäftigte

20%



Zeitarbeitnehmer/-innen

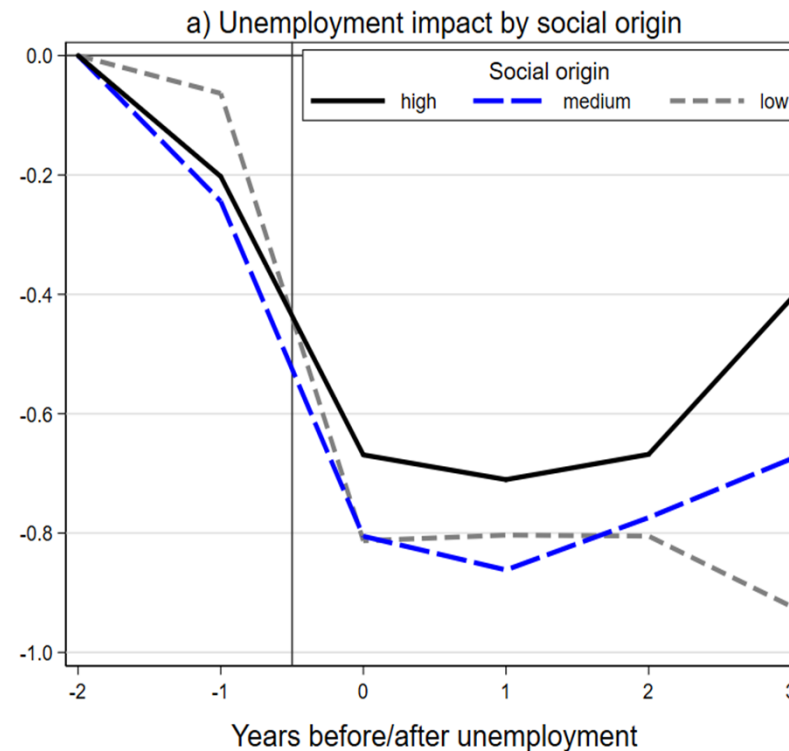
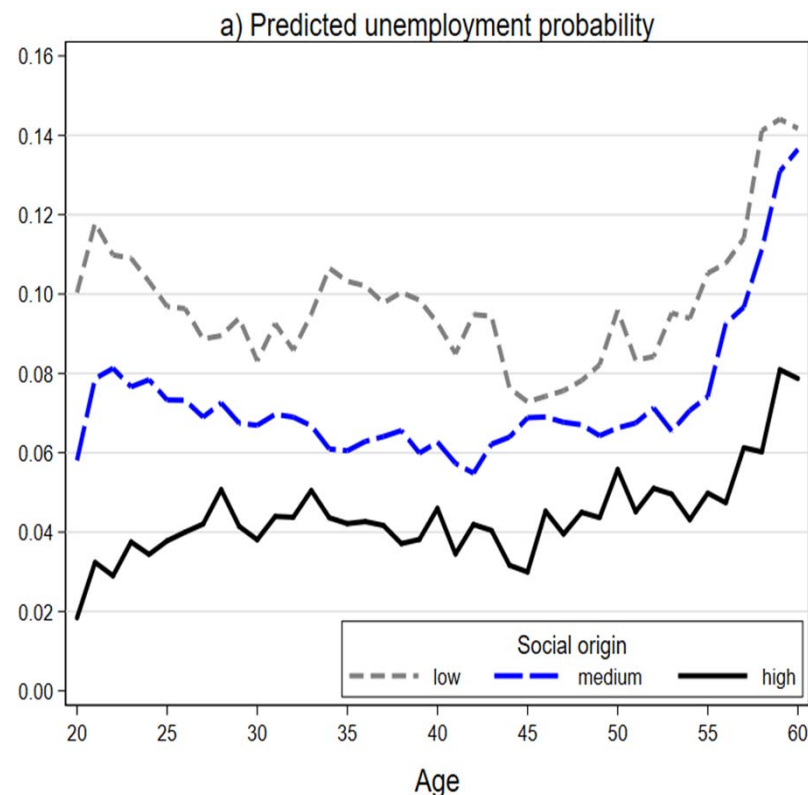
20%



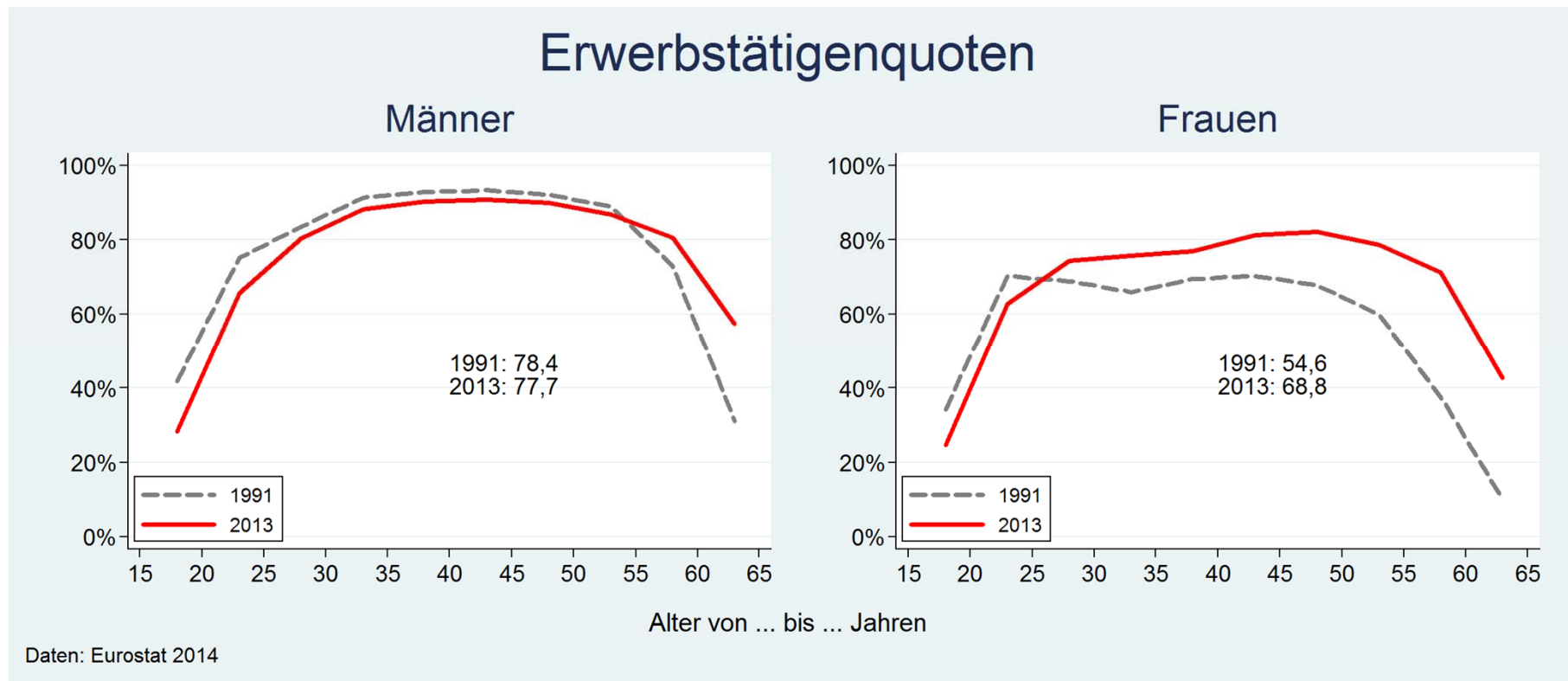
Folgen von Arbeitslosigkeit

- Arbeitslosigkeit ist eins der großen „sozialen Probleme“
 - Reduziert physisches und soziales Wohlbefinden
 - Lohnersatzquote < Einkommen
 - Arbeitslose haben weniger soziale Kontakte
 - Rückgang der Lebenszufriedenheit

Quelle: Brüderl et al. 2018
Daten: SOEP V31



Erwerbs“revolution“ bei den Frauen

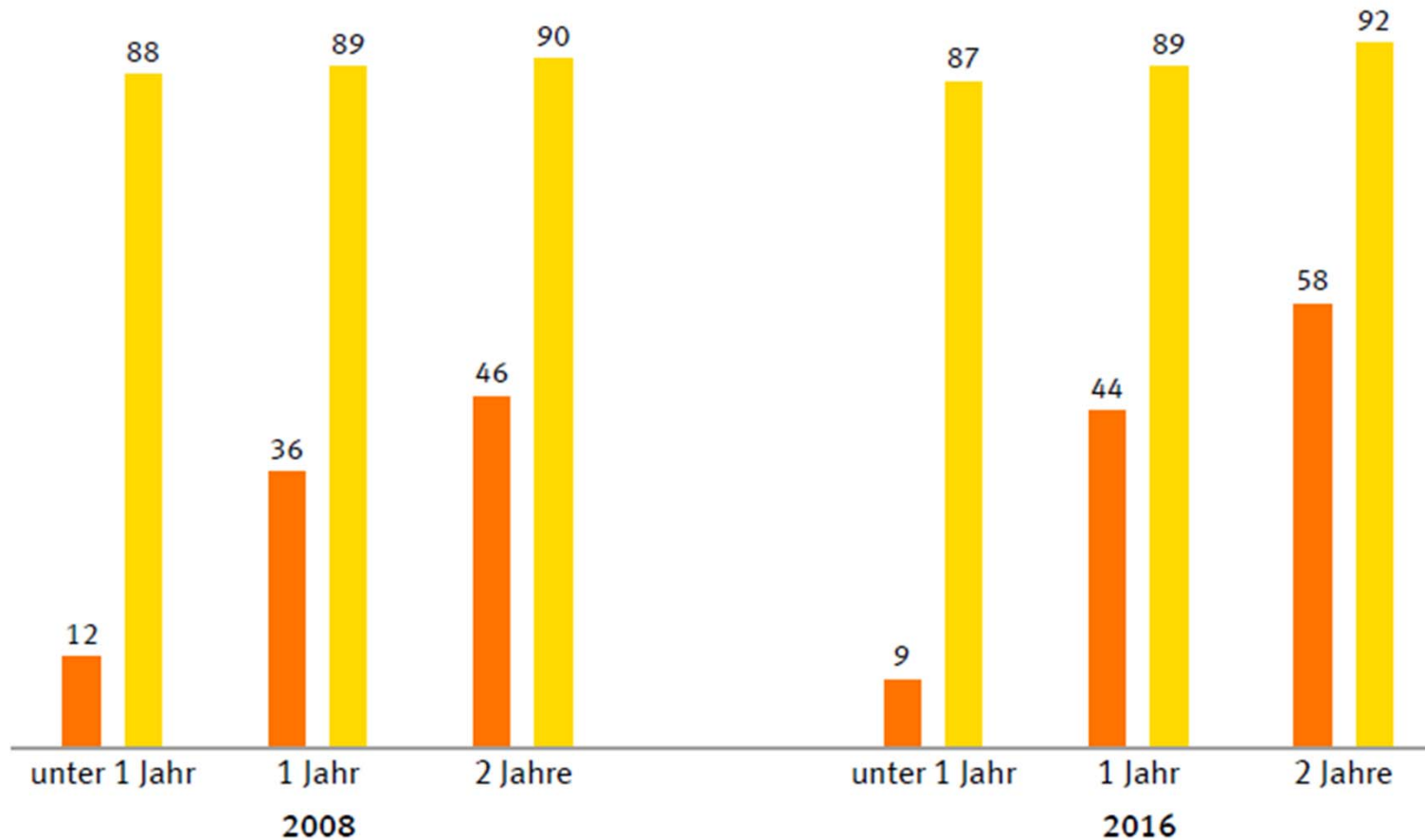


- Männer: Rückgang im frühen Erwerbsleben, Zunahme im Alter
 - 15-30: längere Ausbildung
 - 55-65: spätere Verrentung
- Frauen: deutlicher Anstieg ab den mittleren Alter
 - 15-25: längere Ausbildung
 - 25-65: Aufschub Familiengründung, erwerbstätige Mütter
 - Vom 3 Phasen-Modell zum 1 Phasen-Modell der Männer?

Erwerbstätigkeit von Müttern/Vätern

Mütter und Väter nach Alter des jüngsten Kindes und realisierter Erwerbsbeteiligung in Deutschland
Ergebnisse des Mikrozensus, in %

■ Mütter ■ Väter



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.3 Einkommen und Vermögen

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Einkommen

- Einkommen ist die am meisten erforschte Ungleichheitsdimension
- Einkommensarten
 - Erwerbseinkommen
 - Aus nicht-selbständiger Arbeit
 - Aus Unternehmertätigkeit
 - Kapitaleinkommen (Immobilien, Geldvermögen, Betriebsvermögen)
 - Mieteinnahmen, Zinsen, Dividenden
 - Transfereinkommen
 - Öffentliche Quelle: Kindergeld, BAföG, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente, etc.
 - Nicht-öffentliche Quelle: Unterhaltszahlung, Betriebsrente

Einkommenskonzepte

- Analyseeinheit ist der Haushalt: Haushaltseinkommen
 - Annahme: alle partizipieren nach Bedarf
- Ungleichheit vor staatlichem Eingriff
 - Markteinkommen = Erwerbseinkommen + Kapitaleinkommen
- Ungleichheit nach staatlichem Eingriff
 - Verfügbares Einkommen =
Markteinkommen + Transfereinkommen
- direkte Steuern - Sozialbeiträge
 - Nettoeinkommen =
Erwerbseinkommen + Transfereinkommen
- direkte Steuern - Sozialbeiträge
- Idealerweise basieren Ungleichheitsanalysen auf dem verfügbaren Einkommen, denn genau dieses kann für die Produktion von Wohlfahrt eingesetzt werden
 - In vielen Datensätzen ist aber nur das Nettoeinkommen verfügbar

Äquivalenzeinkommen I

- Für Ungleichheitsanalysen kann man nicht einfach das Haushaltseinkommen benutzen
 - Man muss die unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigen
 - Das macht das sogenannte „Äquivalenzeinkommen“
- Berechnung des Äquivalenzeinkommens
 - Bedarfsgewichtung nach Haushaltsgröße und -zusammensetzung
 - Wegen ökonomischer Vorteile von größeren Haushalten („economies of scale“)
 - Wegen geringerem Bedarf von Kindern
 - Die Bedarfsgewichte werden in sogenannten „Äquivalenzskalen“ festgelegt
 - Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich dann:

$$\text{Nettoäquivalenzeinkommen} = \frac{\text{Haushaltsnettoeinkommen}}{\text{Summe der Bedarfsgewichte}}$$

Äquivalenzeinkommen II

- Verschiedene solche „Äquivalenzskalen“ sind im Gebrauch
 - Naive Skala: jedes HHmitglied hat Bedarfsgewicht 1
 - Meistens: Bedarfsgewichte nach OECD-Skala

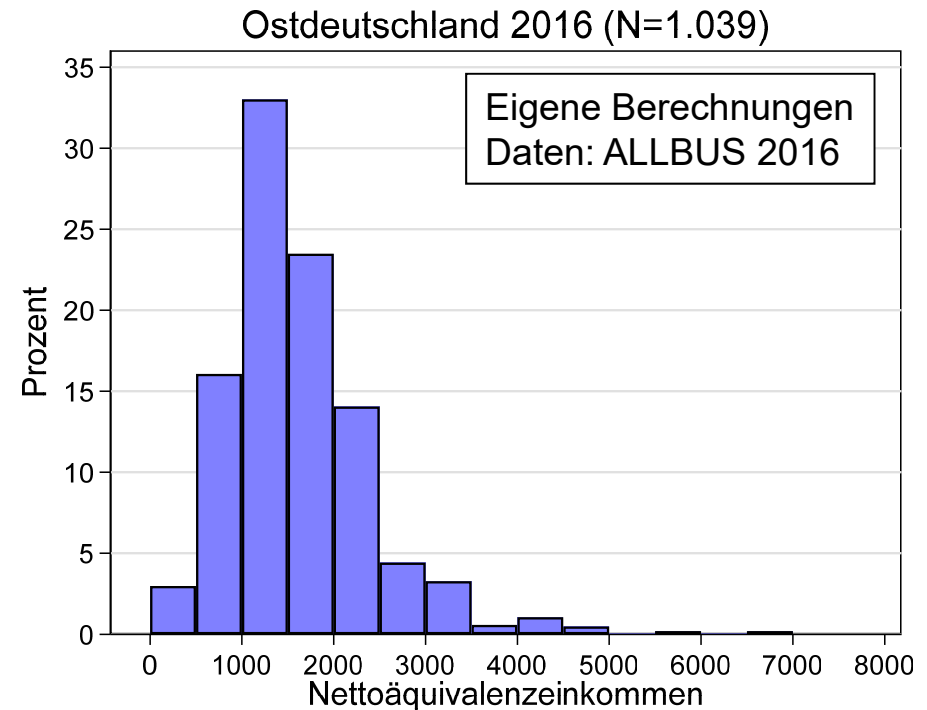
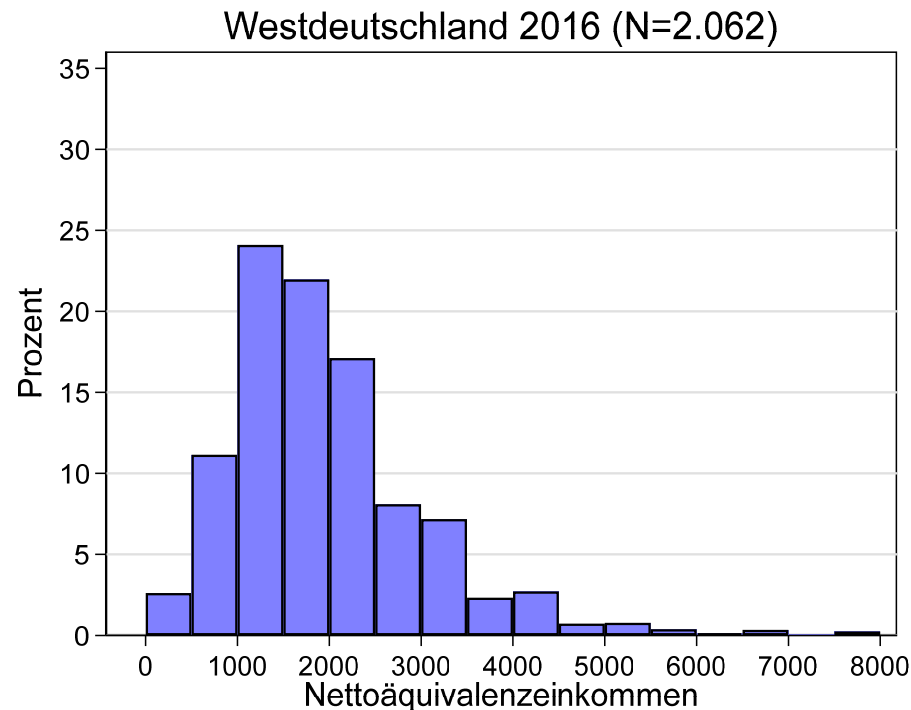
	Alte OECD-Skala	Modifizierte OECD-Skala
1. Erwachsener	1	1
Weitere Erwachsene	0,7	0,5
Kinder unter 16	0,5	0,3

- Beispiel: HH mit 3000 Euro, zwei Erwachsene, drei Kinder

	Σ Bedarfsgewichte	Äquivalenzeinkommen
Naive Skala	5	600
Alte OECD-Skala	$1 + 0,7 + 3 \cdot 0,5 = 3,2$	938
Mod. OECD-Skala	$1 + 0,5 + 3 \cdot 0,3 = 2,4$	1.250

- Interpretation (mod. OECD-Skala): Jede Person in dem Fünf-Personen HH hat ein Wohlbefinden äquivalent zu 1.250 €
 - Oder: ein Ein-Personen-HH mit 1.250 € hat das gleiche Wohlbefinden

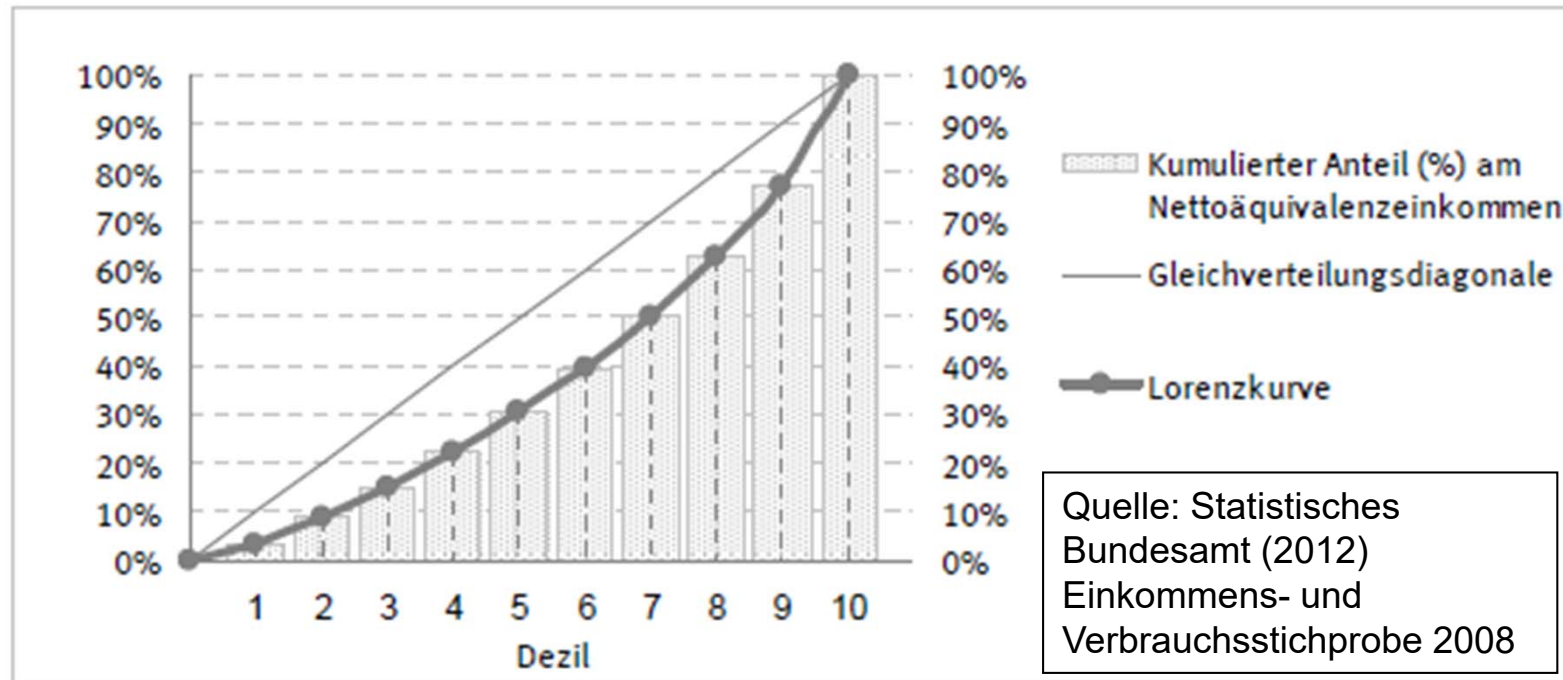
Einkommensverteilung in Deutschland 2016



- West: Mittel = 1.943, Median = 1.733
- Ost: Mittel = 1.589, Median = 1.444
- Die Einkommensverteilung ist typischerweise “rechtsschief”
- „Mittelschichtsgesellschaft“ (bspw. im Westen)
 - Ca. 15% der Befragten liegen unter 1000 EUR
 - Ca. 70% der Befragten liegen im Bereich 1000 bis unter 3000 EUR
 - Ca. 10 % der Befragten liegen über 3000 EUR

Einkommensungleichheit: die Lorenzkurve

Abbildung 6: Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommens 2008 (Lorenzkurve)



- X-Achse: kumulierter Anteil der nach ihrem Einkommen geordneten Personen (in Dezilen, jeweils 10 % der Bevölkerung)
- Y-Achse: kumulierter Anteil am Gesamtäquivalenzeinkommen
- Ablesebeispiel: die untere Hälfte hat nur etwa 30% des Einkommens
- Je weiter die Kurve von der Gleichverteilungsdiagonale abweicht, desto größer ist die Ungleichheit

Maßzahl: Der Gini-Koeffizient

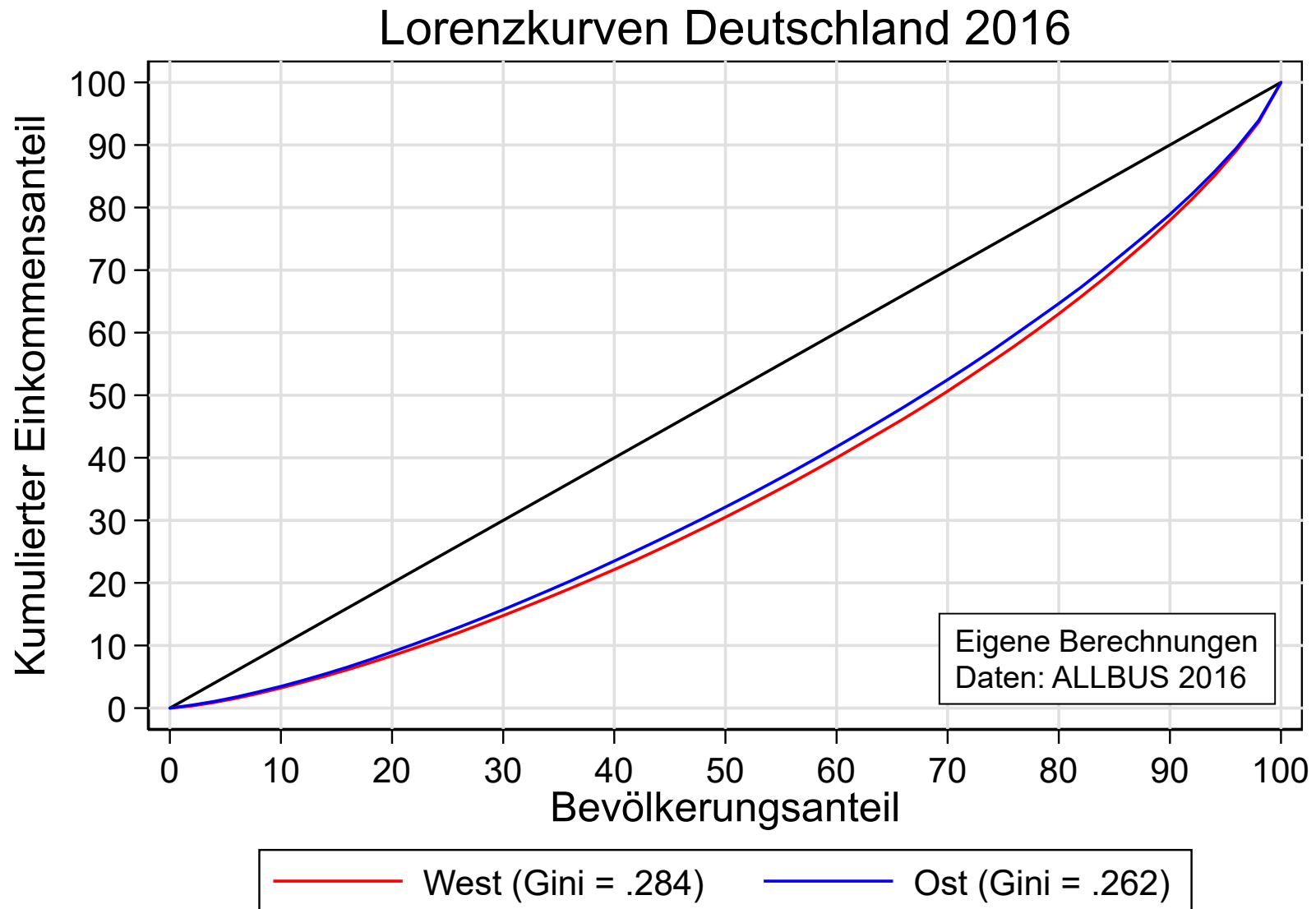
- Der Gini-Koeffizient (G) ist definiert als
 - Fläche zwischen Gleichverteilungsdiagonale und Lorenzkurve dividiert durch Gesamtfläche unter der Gleichverteilungsdiagonale

$$G = \frac{1/2 - \sum_{i=1}^{10} \left(\frac{(L_i + L_{i-1})}{2} \frac{1}{10} \right)}{1/2} = 1 - \frac{1}{10} \sum_{i=1}^{10} (L_i + L_{i-1})$$

- L_i Wert der Lorenzkurve am Ende eines Dezils, L_{i-1} am Anfang

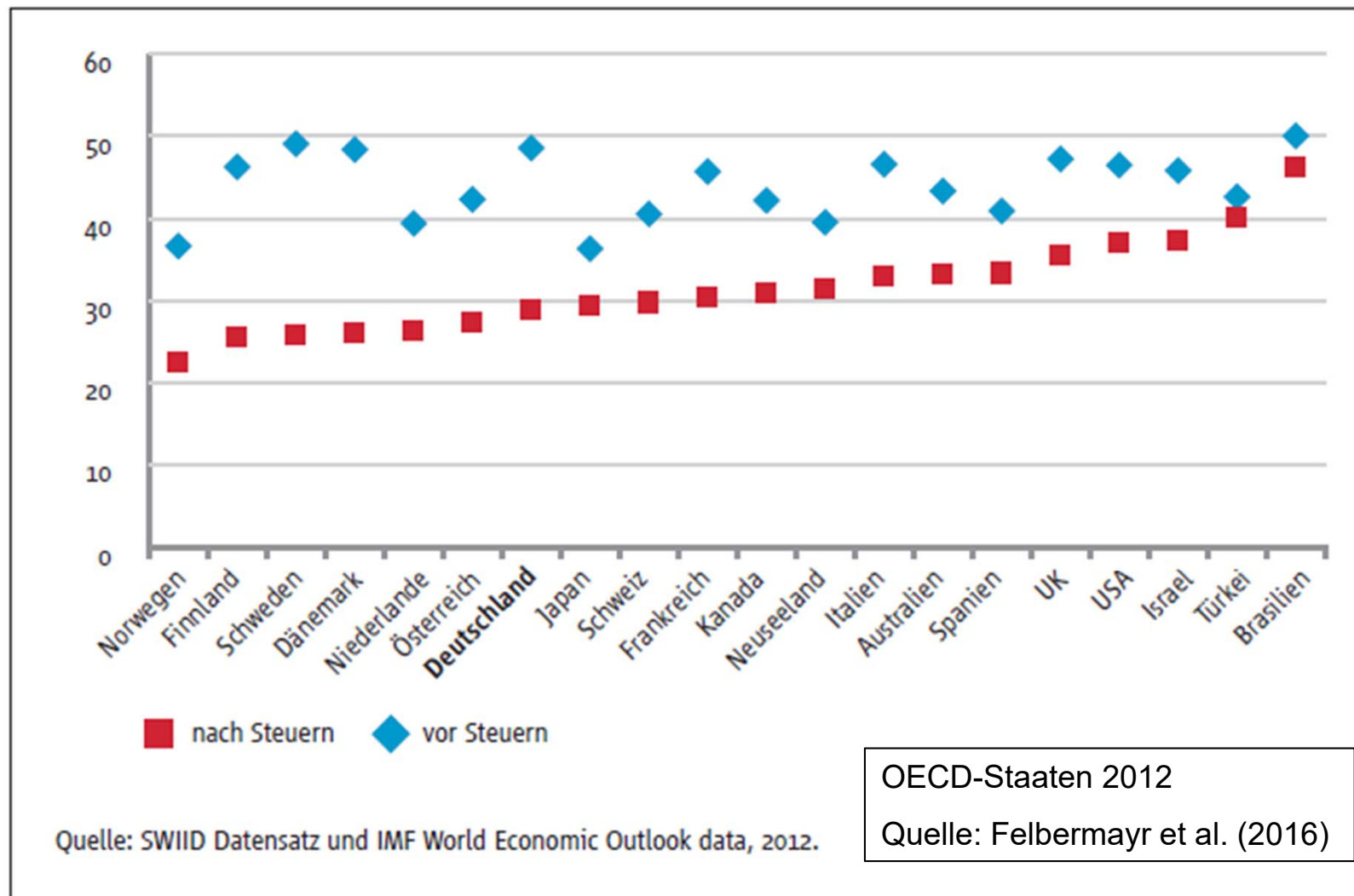
- $G = 0$: Gleichverteilung (jeder hat gleich viel)
- $G = 1$: maximale Ungleichheit (einer hat alles)

Einkommensungleichheit in D 2016



Einkommensungleichheit international

Abbildung 21: Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern, sortiert nach dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen



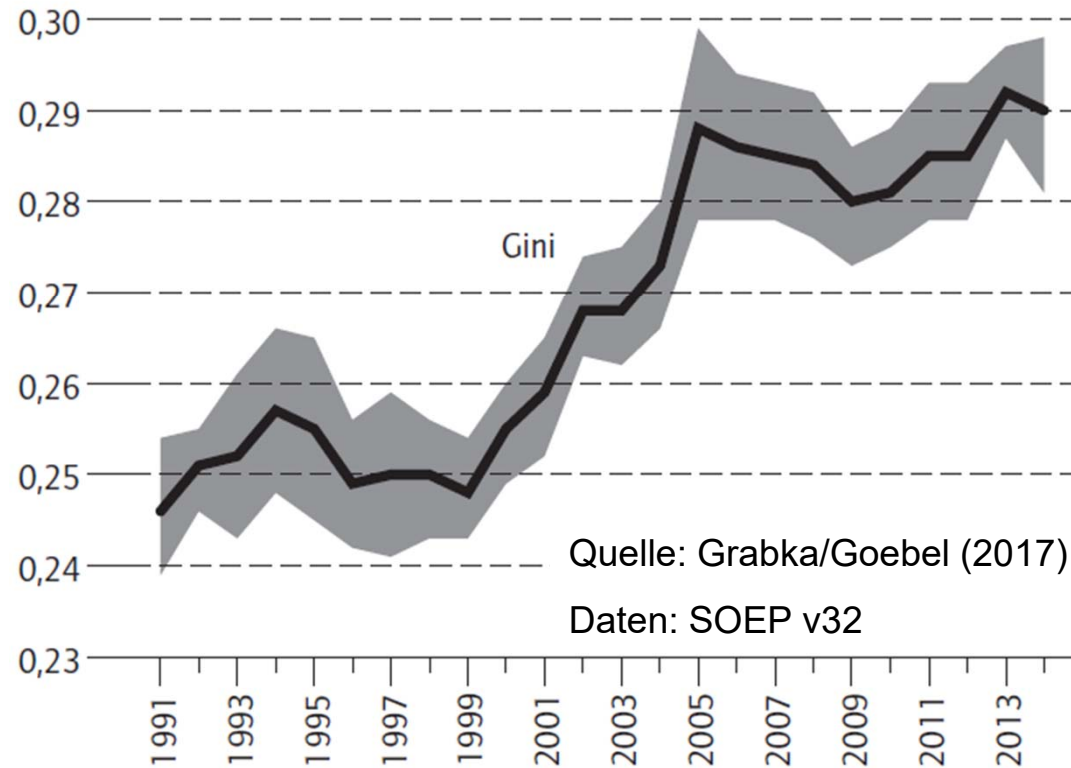
Die Wirkung staatlicher Umverteilung

- In Deutschland wird relativ stark umverteilt: von $G = 0,5$ der Markteinkommen, auf $G = 0,3$ der verfügbaren Einkommen
 - Progressive Besteuerung
 - Grundfreibetrag 9.000 EUR, Eingangssteuersatz 14%
 - ab 55.000 EUR Spitzensteuersatz 42% (45% ab 260.000)
 - Transfers für Geringverdiener
- Umverteilung wirkt in Richtung von Ergebnisgerechtigkeit
- Über das optimale Ausmaß der Umverteilung gibt es aber durchaus unterschiedliche Ansichten (Wohlfahrtsargument)
 - Marktungleichheit (Brasilien, Türkei): 0,5
 - Liberale Wohlfahrtsstaaten (GB, USA): 0,4
 - Konservative Wohlfahrtsstaaten (D, CH, F): 0,3
 - Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten (N, S): 0,25
 - Sozialismus (DDR zur Wendezeit): 0,19

Hat die Ungleichheit in D zugenommen?

Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen

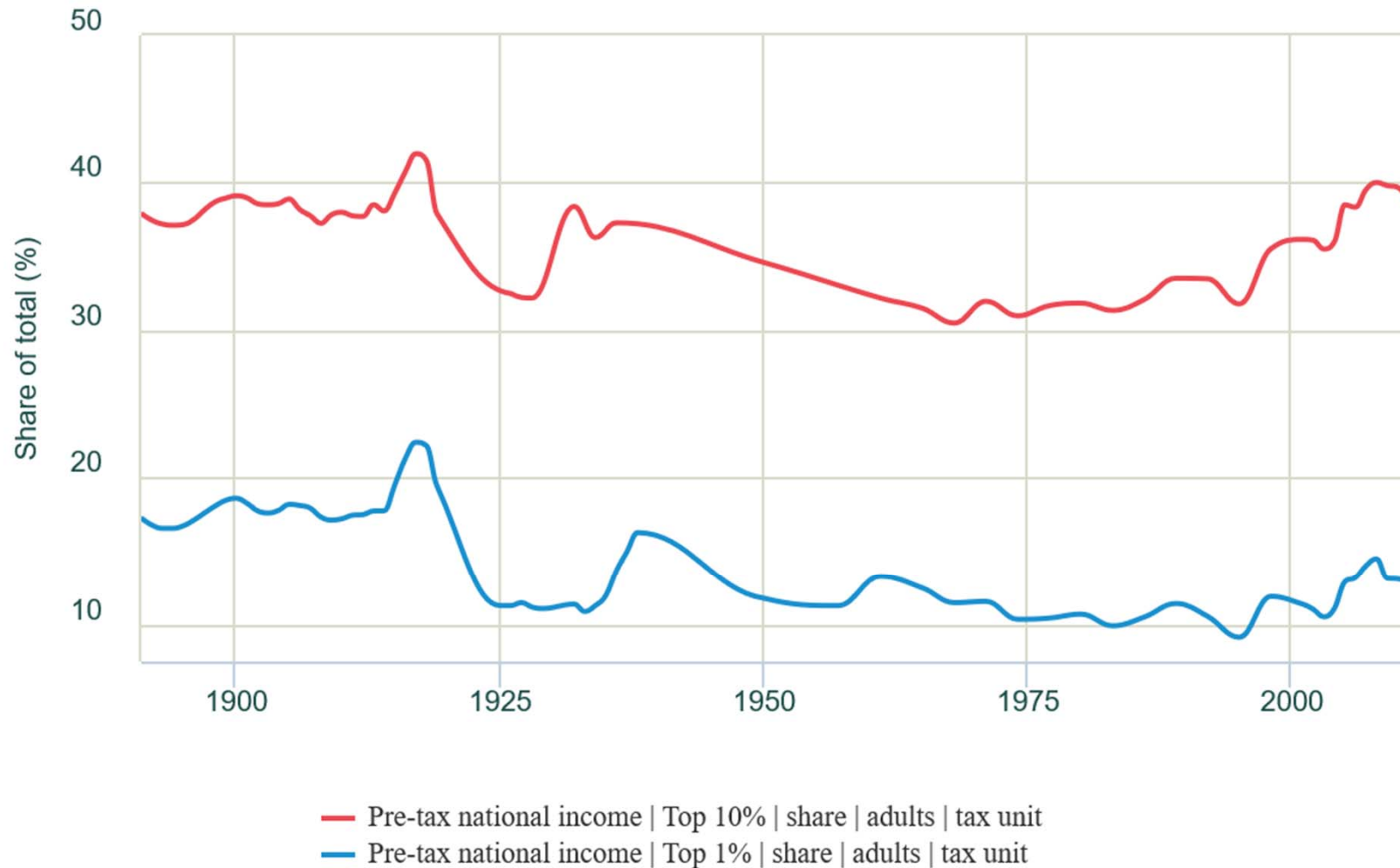
Gini-Koeffizient



- Anstieg von 2000 bis 2005 von 0,25 auf 0,29
- Entgegen dem Eindruck, der in den Medien erweckt wird: Die „Schere“ geht nicht ständig weiter auf!

Lange Zeitreihen: World Income Database

Income inequality, Germany, 1891-2011

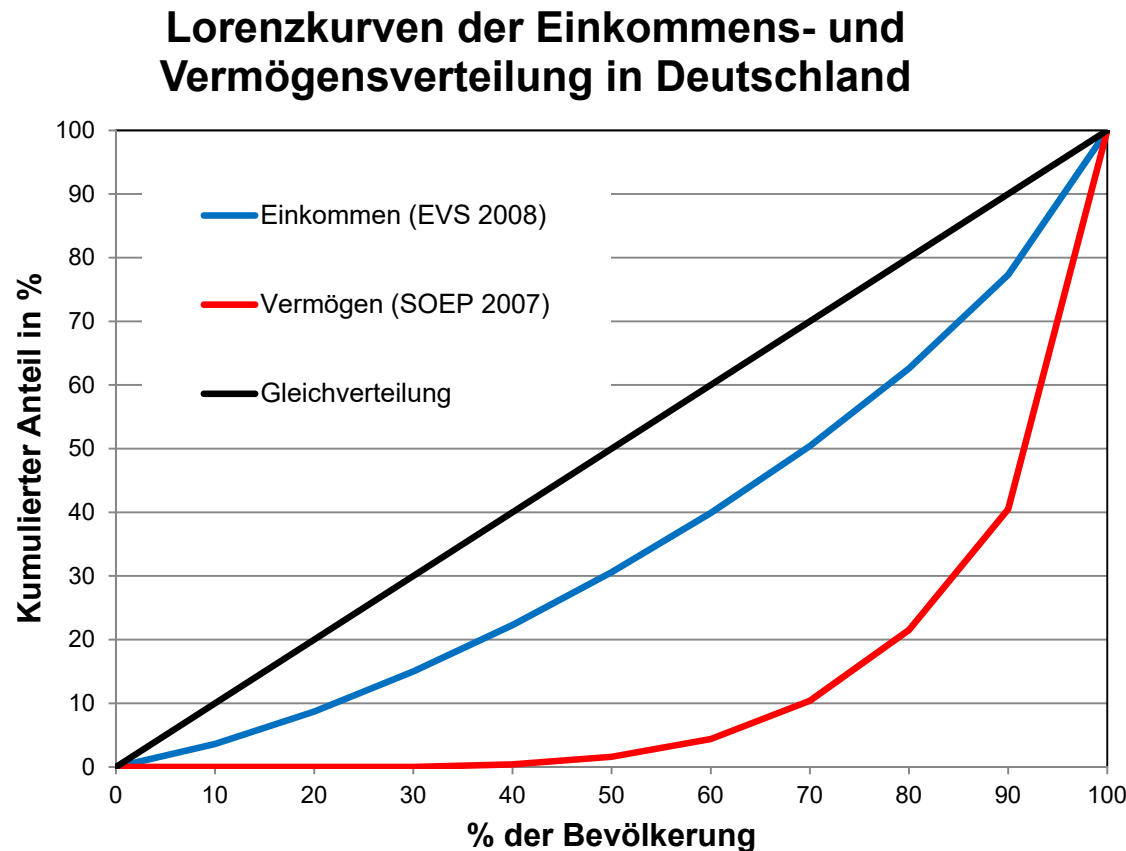


Graph provided by www.wid.world

Gründe für den Anstieg der Einkommensungleichheit

- Stärkere Spreizung der Markteinkommen
 - Globalisierung
 - Durch Arbeitsüberangebot am unteren Ende niedrigere Löhne
 - Durch mehr Arbeitsnachfrage am oberen Ende höhere Löhne
Dadurch z.B. auch „Explosion“ der Managergehälter
 - Skill-Biased Technical Change
 - Höhere Löhne für wissensintensive Jobs (am oberen Ende)
 - Goldin/Katz (2008): The Race Between Education and Technology
- Mehr Transferabhängigkeit (weniger „Normalarbeitnehmer“)
 - Anstieg Rentner
 - Anstieg Arbeitslosigkeit (Anfang der 00er Jahre)
- Weniger Umverteilung
 - Abnahme der HH-Größe (HH ist „Umverteiler“)
 - Senkung des Spitzensteuersatzes: 1998 53%, seit 2005 42%

Vermögensungleichheit



Daten Nettoäquivalenzeinkommen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008: Statistisches Bundesamt (2012)

Daten Nettovermögen aus dem Sozio-Ökonomischen Panel 2007: Frick/Grabka (2009)

Gini (Einkommen): 0,28

Gini (Vermögen): 0,79

26% haben Vermögen ≤ 0

Oberes Dezil hat 61% des Vermögens

- Nettovermögen = Bruttovermögen – Schulden
- Allerdings sind bei diesen Daten keine Rentenansprüche berücksichtigt
 - Würde man das tun, dann wäre die Vermögensungleichheit deutlich geringer

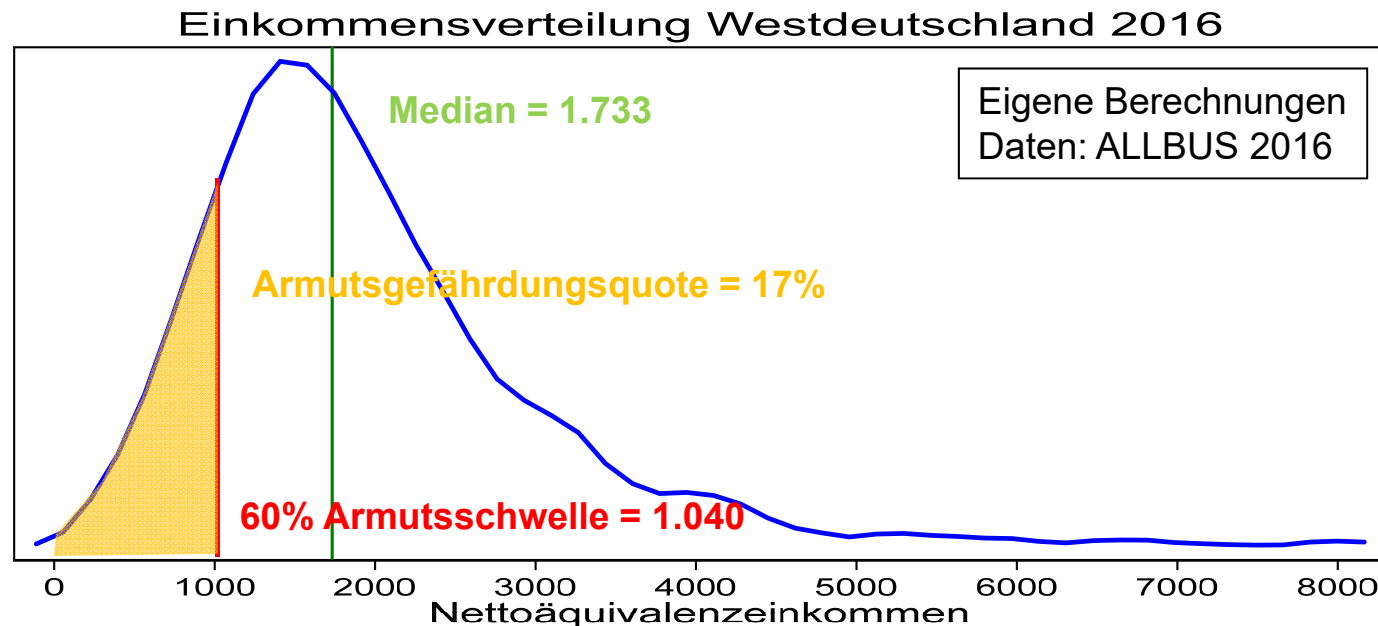
Absolute Armut

- Im Folgenden: Einkommens-Armut
- Physisches Existenzminimum
 - Menschen, die nicht über genügend Mittel zum physischen Überleben verfügen, sind arm.
 - Armutsschwelle laut Weltbank: 1,90 US-\$ pro Tag
 - Armutsquote ist von 44 % (1981) auf ca. 10% (2015) gefallen
- Sozio-kulturelles Existenzminimum
 - Menschen sind arm, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, annehmbar ist (EU, 1984)
 - In D berechnet Destatis ein sozio-kulturelles Existenzminimum
 - Armutsschwelle 2008: 600 € im Monat
 - Alternativ: Hartz-IV-Schwelle (2018 ca. 750 € Monat)
 - Ca. 8 % beziehen Hartz-IV (2018)

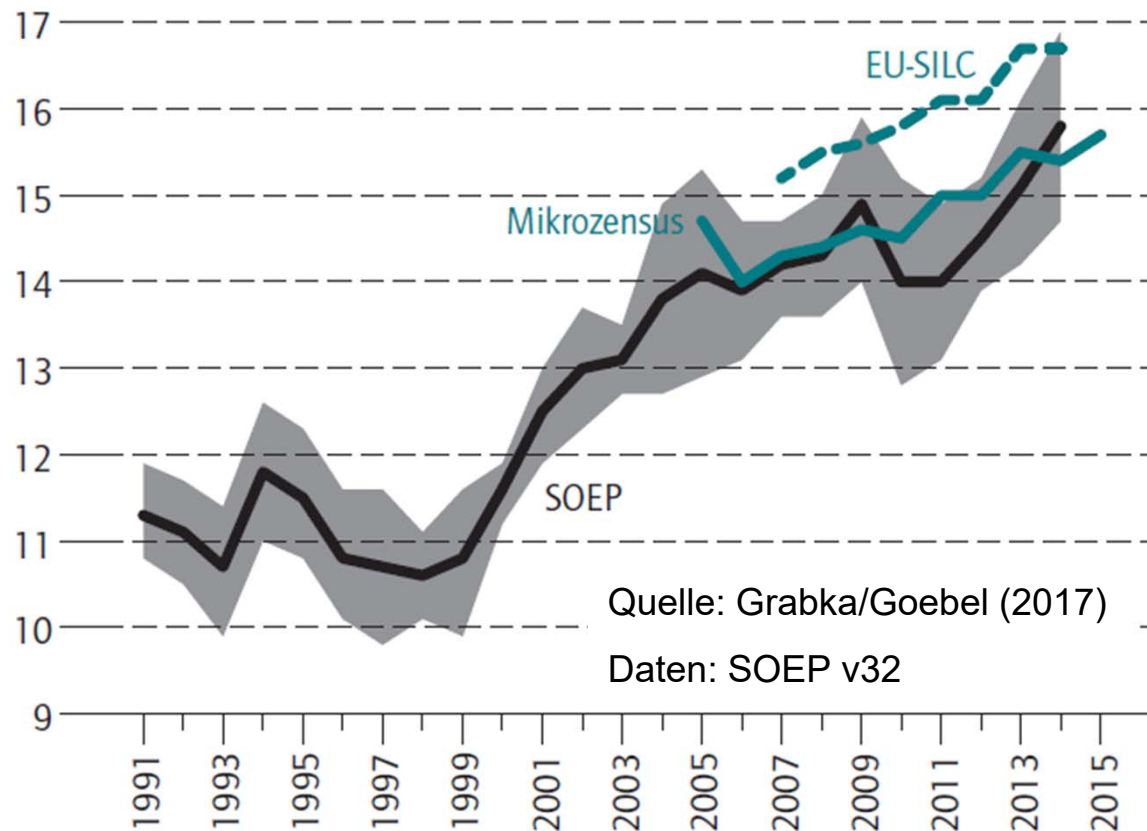
Relative Armut

- Armut als relative Benachteiligung in Bezug auf das mittlere Wohlstandsniveau in einer Gesellschaft
 - Arm ist, wer weniger als einen bestimmten Anteil des Median-Äquivalenzeinkommens hat
 - Weniger als 60%: armutsgefährdet
 - Weniger als 50%: relativ arm
 - Weniger als 40%: arm
 - Meist wird die 60%-Quote berichtet

Armutschwellen für 2016 (gerundet)	
Median	1.800 €
60%	1.080 €
50%	900 €
40%	720 €

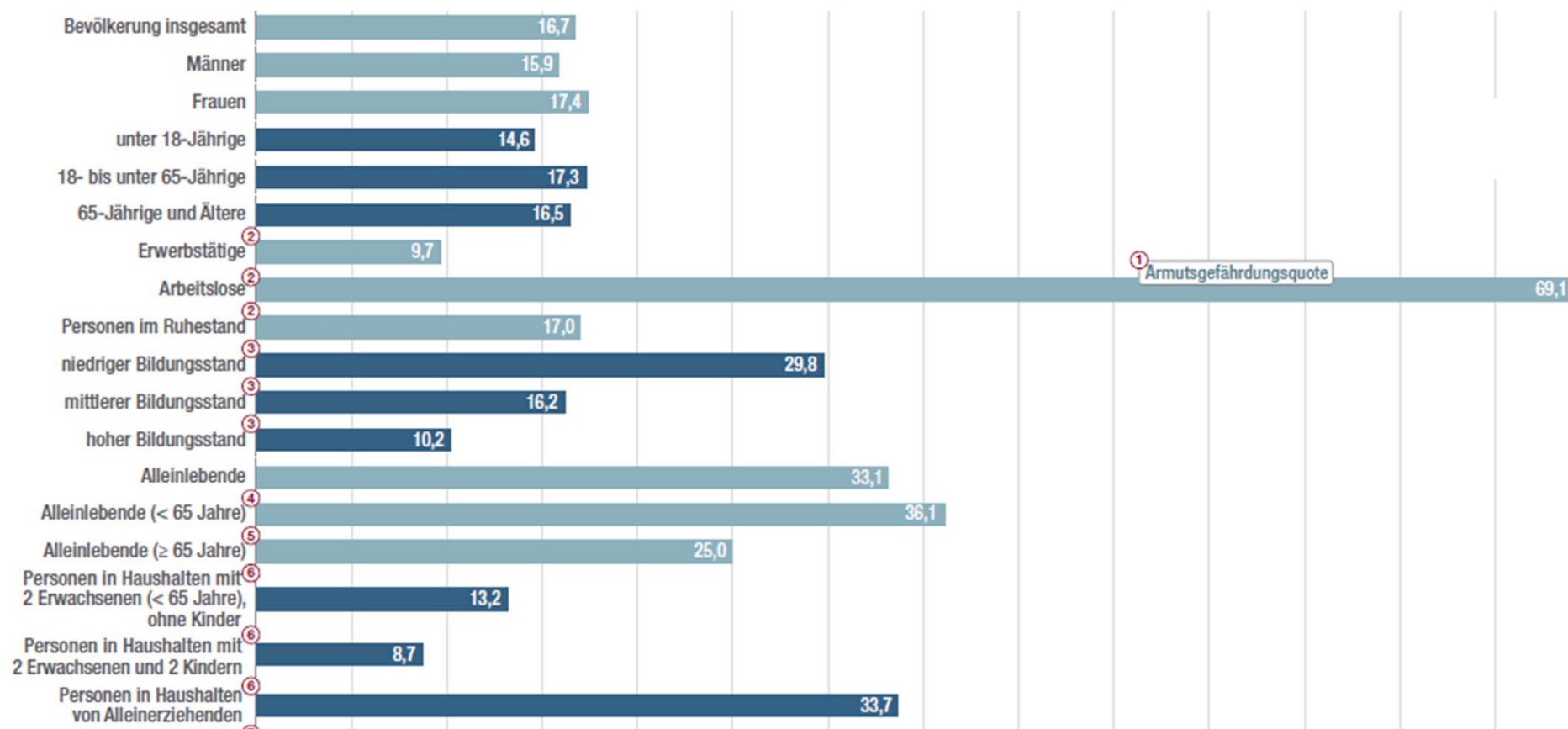


Entwicklung der Armutsgefährdungsquote



- Quote lag lange bei etwa 11%
- Von 2000 bis 2005 abrupter Anstieg auf etwa 14%
- Ab 2011 dann weiterer Anstieg auf 16%
- Entwicklung weitgehend parallel zur Einkommensungleichheit

Armutsgefährdungsquoten 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung 2016 | www.bpb.de

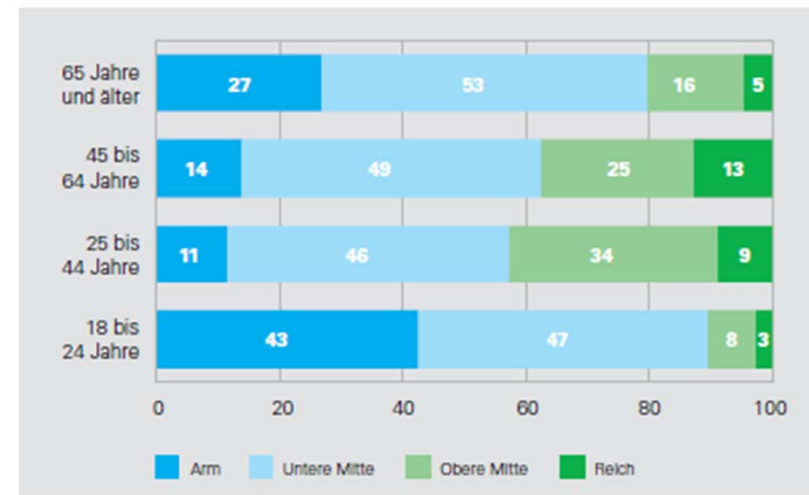
Probleme der relativen Armutsmessung

- Relative Armutsquoten sind ein Ungleichheitsmaß
 - Steigen, wenn die Ungleichheit steigt und umgekehrt
- Dies führt zu einigen Paradoxien
 - Absolut ärmere Gesellschaften mit relativ gleicher Einkommensverteilung haben geringere relative Armut
 - Z.B. gibt es in Tschechien weniger Arme (2008: 9%), als in D (2008: 15%)
 - In Ostdeutschland ist die Armutsquote niedriger :15% (ALLBUS 2016)
 - Ein allgemeiner Wohlstandsanstieg (z.B. alle 10% mehr) verringert die absolute Armut, aber nicht die relative Armut
 - Aufschwung seit 2010 reduziert den Anteil der Hartz IV Empfänger, während die 60%-Quote sogar noch stieg
- Relative Armut kann nur durch Umverteilung bekämpft werden (weniger ungleiche Einkommensverteilung)
 - 2010 haben staatliche Transfers und Steuern die Armutsgefährdungsquote von 25% auf 15% gesenkt (Zahlen aus EU-SILC)
 - Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes würde Armut reduzieren

Armut in München

Münchner Armutsberichte	2010	2016
Median	1.670 €	2.250 €
Armutsschwelle (60%)	1.000 €	1.350 €
Armutsgefährdungsquote	14,7 %	17,5 %
Armutsgefährdete Bewohner	205.000	270.000

- Mit der deutschlandweiten Armutsschwelle (1.080 €) gäbe es in München relativ wenige Arme (ca. 10%)
- Die Stadt München führt sie seit 2010 eigene Erhebungen durch, mit denen München-spezifische Armutsschwellen berechnet werden (Münchner Armutsberichte)
- Die Münchner Armutsschwelle ist deutlich höher (1.350 €). Die Quote damit dann in ähnlicher Höhe wie in D (17,5%)
 - Aufgrund der hohen Münchner Armutsschwelle sind 43% der jungen Münchner (Studierende, Auszubildende) arm
 - Ebenso 27% der alten Münchner (Rentner)



Quelle: Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Referat für Gesundheit und Umwelt BesogeLa 2016; Berechnung des Sozialreferates

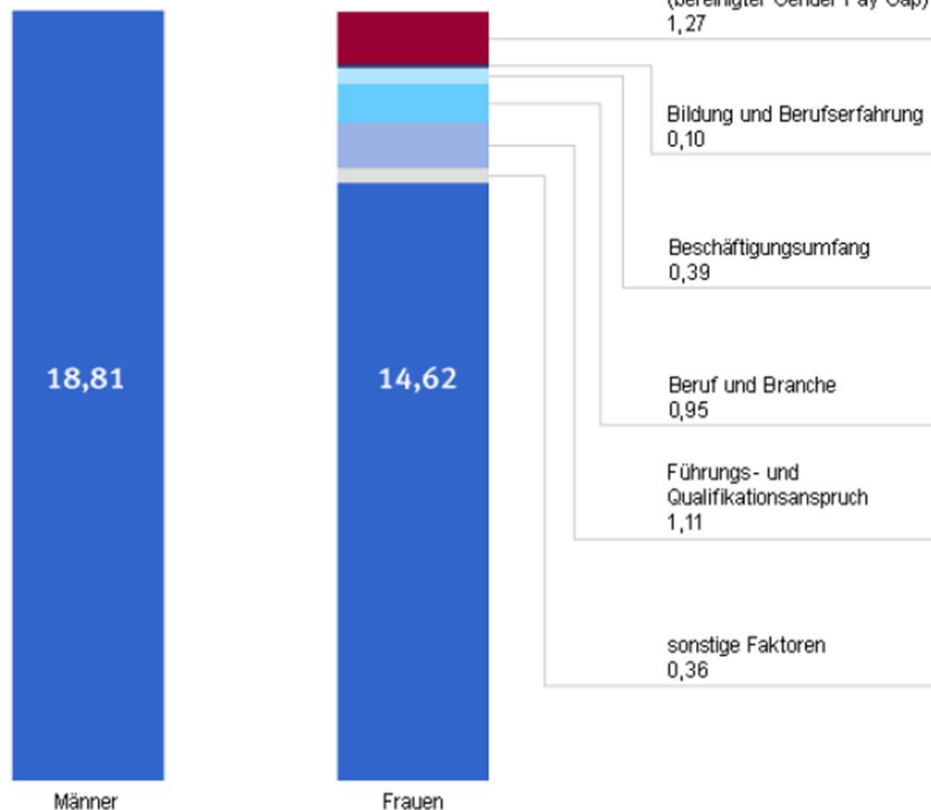
Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

- Frauen verdienen in D ca. 78% des Männer-Einkommens
 - Die „unbereinigte Lohnlücke“ ist also 22% („Gender Pay Gap“)
 - Diese Lohnlücke wird häufig als Lohndiskriminierung interpretiert
 - Verletzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- Die unbereinigte Lohnlücke vergleicht aber „Äpfel mit Birnen“
 - Männer und Frauen unterscheiden sich stark in ihren Tätigkeiten
 - Frauentypische Berufe und Branchen, Frauen häufiger Ungelernte als Männer (13% vs. 8%), Frauen seltener in leitender Position (7% vs. 13%) [s. Joachimiak, 2013]
 - Diese unterschiedlichen Tätigkeiten muss man kontrollieren, um die Lohnlücke für „gleiche Arbeit“ zu bestimmen („bereinigte Lohnlücke“)
 - Regressionen mit Dekomposition des „Gender Pay Gap“

Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen 2010

Bruttostundenverdienst in €



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Quelle: Joachimiak (2013)

Ähnliche Ergebnisse bei Gartner/Hinz (2009)

– Unbereinigter Gap 4,19 €

$$\text{GAP}_{\text{brutto}} = \frac{4,19}{18,81} \cdot 100 = 22,3\%$$

– Strukturelle Unterschiede und ihr Beitrag zum Gap

- Weniger Bildung, weniger Berufserfahrung, weniger Vollzeit 0,49 €
- Berufe/Branchen mit niedrigerem Lohn 0,95 €
- Weniger auf Führungspositionen 1,11 €
- Sonstiges (Betriebsmerk.) 0,36 €

– Bereinigter Gap 1,27 €

$$\text{GAP}_{\text{netto}} = \frac{1,27}{18,81} \cdot 100 = 6,8\%$$

Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

- Was sind die ungleichheitsgenerierenden Mechanismen?
Und der jeweilige Erklärungsanteil am Gap (in Klammern)
 - Frauen haben weniger Humankapital ($^{0,49}/_{4,19} \cdot 100 = 12\%$)
 - Bzgl. Bildung nicht mehr, aber immer noch weniger Berufserfahrung und häufiger Teilzeit
 - Frauen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Berufen/Branchen/Betrieben ($^{1,31}/_{4,19} \cdot 100 = 31\%$)
 - Frauentypische Berufe werden geringer bewertet (mittelbare (evaluative) Diskriminierung)
 - Frauen sind seltener auf Führungspositionen ($^{1,11}/_{4,19} \cdot 100 = 26\%$)
 - Könnte aufgrund von Beförderungsdiskriminierung sein (mittelbare (allokative) Diskriminierung)
 - Oder weil familienorientierte Frauen seltener Führungspositionen anstreben
Ochsenfeld (2012) zeigt bei deutschen Absolventen/innen, dass kinderlose Frauen genauso häufig auf Führungspositionen gelangen wie Männer
 - Unerklärter Rest ($^{1,27}/_{4,19} \cdot 100 = 30\%$)
 - Könnte direkte Lohndiskriminierung sein (unmittelbare Diskriminierung)
 - Es könnten aber auch weitere unbeobachtete Geschlechterunterschiede dahinterstecken
 - Weniger ehrgeizige Lohnverhandlungen von Frauen

Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit

Will man den Gender Pay Gap reduzieren, so ergeben sich angesichts obiger Analyse folgende Möglichkeiten

- [Alle Zitate aus dem Koalitionsvertrag vom November 2013]
- Evaluative Diskriminierung: Änderung der Berufswahl/Verdienststrukturen
 - „geschlechtergerechte Berufswahl“
 - Ziel ist es, „gerade Berufe in der Pflege, der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung aufzuwerten und damit auch besser zu bezahlen.“
- Allokative Diskriminierung
 - Quoten für Führungspositionen: „Deshalb werden wir Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unternehmen gesetzlich einführen.“
- Schärfere Verfolgung von unmittelbarer Lohndiskriminierung
 - „Mehr Transparenz“: Unternehmen verpflichtet, „anonymisierte Entgeltberichte“ vorzulegen; Es besteht „individueller Auskunftsanspruch“
- Abbau der „motherhood wage penalty“
 - Bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten
 - Und/oder umgekehrt: Männer müssen sich mehr an Kindererziehung beteiligen, damit es auch eine „fatherhood wage penalty“ gibt

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.2 Dimensionen und Ursachen sozialer Ungleichheit

4.2.4 Gesundheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Gesundheitsungleichheit

- Auch Gesundheit ist ungleich verteilt
 - Schlechtere Gesundheit manifestiert sich in höherer Mortalität / kürzerer Lebenserwartung (Ungleichheit der „finalen“ Art)
 - Ursachen ungleicher Gesundheit
 - Es gibt biologische Unterschiede zwischen den Menschen
 - Aber auch zahlreiche soziale „Korrelate“
 - Insbesondere zeigt sich immer wieder, dass mit dem Einkommen die Lebenserwartung steigt

► Tab 1 Lebenserwartung bei Geburt nach Einkommen – Mittelwert

Einkommen	Männer	Frauen
	Jahre	
< 60 % des durchschnittlichen Einkommens	70,1	76,9
60 – < 80 % des durchschnittlichen Einkommens	73,4	81,9
80 – < 100 % des durchschnittlichen Einkommens	75,2	82,0
100 – < 150 % des durchschnittlichen Einkommens	77,2	84,4
≥ 150 % des durchschnittlichen Einkommens	80,9	85,3
Insgesamt	75,3	81,3

Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1995–2005.

Quelle: Lampert et al. (2013)

Gesundheitsungleichheit: Mechanismen

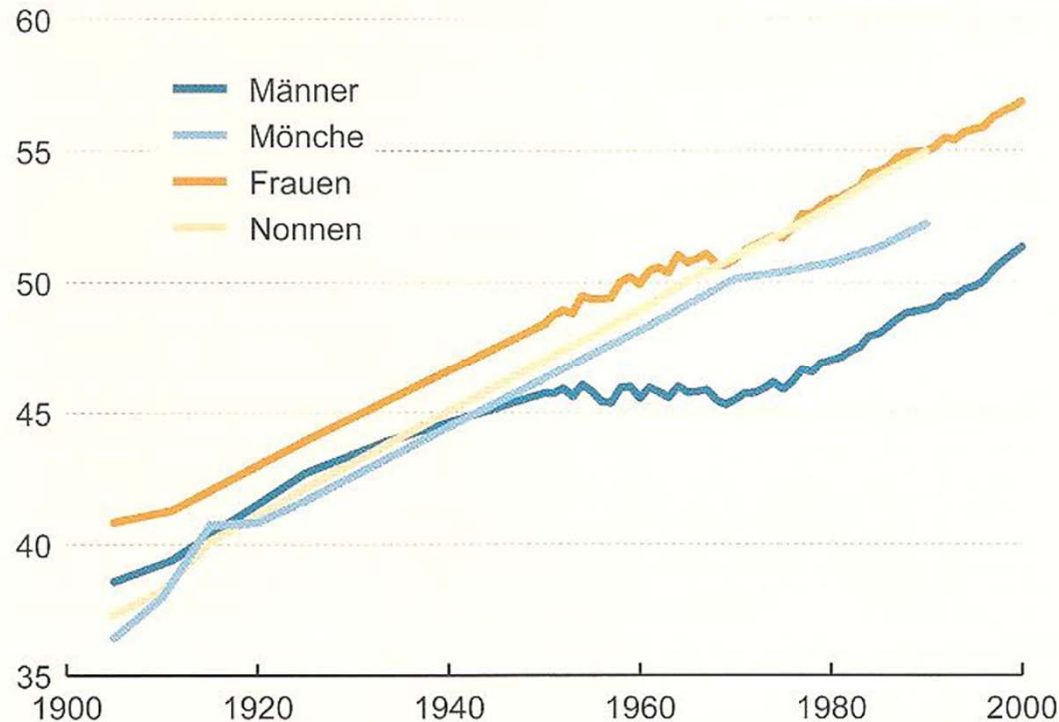
- Warum sind reichere Menschen gesünder/leben länger?
 - Ungleicher Zugang zu medizinischer Versorgung
 - Sollte in Deutschland eher nicht der Grund sein
 - Allerdings gibt es unterschiedliche Inanspruchnahme (hoch Gebildete gehen eher zum Arzt)
 - Ungleiche Belastungen („exposure“)
 - Wohnsituation: schlechte Wohnbedingungen (extrem: Obdachlosigkeit)
 - Arbeitsbedingungen: sind bei Niedriglohnberufen schlechter
 - Lebensstil: ärmere Menschen rauchen mehr, sind eher übergewichtig, und treiben weniger Sport (s. Lampert et al. 2013)
 - Selektion der Gesünderen in bessere soziale Positionen
 - Bzw. umgekehrt: „Barrieren“ für kränkliche Menschen
- Z.B. zeigt eine Studie von Conti/Heckman/Urzua (2010), dass Exposure und Selektion zu je etwa 50% beitragen
- Fazit: „Armut macht krank“, aber auch „Krankheit macht arm“

Gesundheitsungleichheit: Maßnahmen

- Wenn man diese Ungleichheiten abbauen wollte
 - Exposure
 - Armutsbekämpfung: bessere Wohnbedingungen, bessere Arbeitsbedingungen für Arme
 - Gesundheitsaufklärung/-zwang: gesünderer Lebensstil
 - Der Selektionsmechanismus verweist aber darauf, dass dies Gesundheitsungleichheit nicht gänzlich beseitigen kann
 - Es bedarf weiterer Maßnahmen zum Abbau von Barrieren, z.B.
 - „Nachteilsausgleiche“ für kranke Menschen
 - Wiederholungsklausuren an der Uni
 - Verbeamtung auch von Übergewichtigen

Frauen leben länger

Fernere Lebenserwartung im Alter von 25 Jahren



RZ-Grafik / Datenquelle: www.klosterstudie.de.

Quelle: Rostocker Zentrum (2011)
„Deutschland im Demografischen Wandel“; Luy (2003)

- Männer leben ca. 5 Jahre kürzer
 - Männer sind das „final“ benachteiligte Geschlecht!
 - Es gibt biologische Ursachen (genetisch, hormonell)
 - Wichtiger jedoch sind „soziale“ Ursachen
 - Männer: mehr (Arbeits-) Unfälle, mehr Stress, mehr Selbstmord, schlechteres Gesundheitsverhalten
 - Beweis: Mönche leben fast so lange wie Nonnen
 - Jedoch der Überlebensvorteil der Frauen reduziert sich
 - Mehr Rauchen
 - Höhere Erwerbstätigkeit: mehr Arbeitsstress

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.3 Theorien sozialer Ungleichheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Theorien sozialer Ungleichheit

- Auch bisher schon öfter Theorie: „Mechanismen“
 - Es gibt aber auch „Großtheorien“, die einen allgemeineren Erklärungsanspruch haben
 - Viele Sozialforscher sind gegenüber „Großtheorien“ skeptisch. Deshalb favorisieren heute viele Sozialforscher Erklärungen mittels spezifischer Mechanismen (analytische Soziologie)
- Marxistische Theorie (Marx/Engels, ca. 1860)
 - Ungleichheit entsteht durch Besitz bzw. nicht-Besitz von Produktionsmitteln (Kapitalisten, Proletarier)
 - Die Proletarier werden von den Kapitalisten ausgebeutet
 - Alle Dimensionen der Ungleichheit dadurch geprägt
 - Kritik: völlig verkürzter Ansatz
 - Die 90% nicht-Besitzenden unterscheiden sich erheblich
 - Die 10% Besitzenden unterscheiden sich auch erheblich

Funktionalistische Theorie

- Grundlegende Argumentation (Davis/Moore, 1945)
 - (Berufliche) Positionen unterscheiden sich nach ihrer Wichtigkeit für das System (die Gesellschaft)
 - Auf den wichtigsten Positionen sollen die talentiertesten/ bestausgebildeten Personen sein
 - Talent ist knapp und gute Ausbildung erfordert Anstrengungen
 - Um die Besten dazu zu motivieren, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen, müssen die Belohnungen (Lohn und soziale Anerkennung) auf den wichtigen Positionen hoch sein
 - Ungleichheit ist somit eine funktionale Notwendigkeit
- Kritik
 - Reiner Makroansatz: das „System“ handelt hier (keine Mikrofundierung)
 - Die Wichtigkeit kann nicht a-priori bestimmt werden, sondern nur ex-post durch die höhere Belohnung

Markttheoretischer Ansatz

- Grundlegende Argumentation (zuerst: Adam Smith 1776)
 - Die Belohnung einer Position richtet sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt
 - Belohnung kann auch immateriell oder symbolisch sein
 - Gute Arbeitsbedingungen, Ansehen, Ruhm
- Soziale Ungleichheit resultiert aus
 1. Unterschiedlicher Produktivität
 - Unterschiedliche Begabung, Bildung, Arbeitsmotivation, etc.
 - Der Markt macht aus Unterschieden Ungleichheiten!
 2. Sozialer Schließung (ungleiche Löhne bei gleicher Produktivität)
 - Institutionelle Barrieren (z.B. Arbeitsgesetze, Berufstitel)
 - Diskriminierung

Ein Mechanismus: das Matthäus-Prinzip

- Wie korrelieren die Dimensionen sozialer Ungleichheit?
 - Statusinkonsistenz: negative Korrelation
 - Bsp.: der reiche Sportstar mit nur Hauptschule
 - Statuskonsistenz: positive Korrelation
 - Bsp.: der reiche Unternehmer mit Doktor-Titel
- Meist positive Korrelation: Matthäus-Prinzip

„Denn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat“

 - Bsp.: Hochgebildete erlangen einen besseren Beruf und höheres Einkommen und heiraten untereinander
 - Das führt zu einer Kumulation sozialer Ungleichheit
- Manchmal aber auch „Kompensationsprinzip“: Nachteile auf einer Dimension werden durch Vorteile auf einer anderen ausgeglichen
 - Bsp.: höhere Löhne für schlechte Arbeitsbedingungen (kompensierende Lohndifferentiale)

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.4 Strukturen sozialer Ungleichheit

Josef Brüderl

Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Die Schichtung der Gesellschaft

- Soziologie teilt die Bevölkerung gern in Gruppen ein, die von unten nach oben hierarchisch geordnet sind
 - Man spricht von „Schichten“ (oder: „Klassen“)
 - Innerhalb der Schichten ist die Lebenslage der Menschen ähnlich
 - Mitglieder einer Schicht haben auf allen Ungleichheitsdimensionen eine ähnliche Position
 - Ihre Lebenschancen sind durch die Schichtmitgliedschaft bestimmt
 - Die Schicht beeinflusst Denken und Interessen und somit das Verhalten
 - Es entwickelt sich ein Bewusstsein für die Soziallage (Klassenbewusstsein bei Marx, Klassen-Habitus bei Bourdieu)
 - Schichtmodelle müssen folgenden Bedingungen genügen
 - Homogenität: innerhalb der Schichten kaum Varianz der Lebenslage
 - Unterscheidbarkeit: zwischen den Schichten viel Varianz der Lebenslage
 - Hierarchie: die Schichten lassen sich eindeutig ordnen

EGP-Klassen

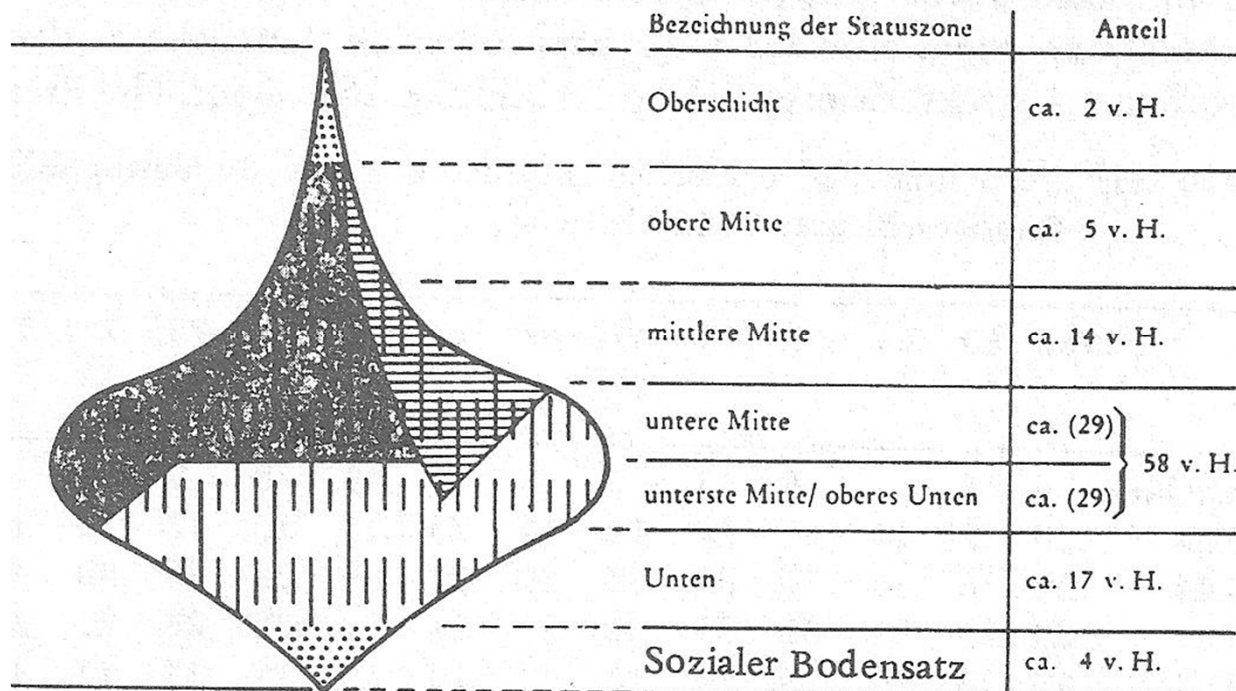
- Erikson, Goldthorpe, Portocarero 1979
 - Produktionsmittelbesitz: Arbeitgeber, Selbständige, Arbeitnehmer
 - Differenziert nach Qualifikation und Position in der Hierarchie
 - 10 Klassen (zusammenfassbar in 7, 5, oder 3)

	Klasse
I	Professional, administrative and managerial, higher (Obere Dienstklasse)
II	Professional, administrative and managerial, lower (Untere Dienstklasse)
III	Routine nonmanual (Nicht-manuell Ausführende)
IVa	Proprietors and self-employed with employees (Selbstständige mit Beschäftigten)
IVb	Proprietors and self-employed without employees (Selbstständige ohne Beschäftigte)
IVc	Farmers and smallholders (Landwirte)
V	Lower technical and supervisory (Arbeiterelite)
VI	Skilled manual (Facharbeiter)
VIIa	Semi-skilled and unskilled manual (Un- und Angelernte)
VIIb	Agricultural workers (Landarbeiter)

Quelle: Huinink/Schröder, S. 183

Die Mittelstandsgesellschaft

- M. Weber und T. Geiger führten den Begriff „Schicht“ ein
 - In Absetzung von der marxistischen „Klasse“
 - Sie wollten betonen, dass nicht nur ökonomische Kriterien die soziale Position bestimmen
- 1950er Jahre: Die Mittelschicht wird die dominante Schicht
 - „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (H. Schelsky)



- „**Bolte Zwiebel**“
- Schichtaufbau der deutschen Gesellschaft ca. 1965
- Mittelschicht: 77% !
- Allerdings beruht auch dieses Schichtmodell auf der beruflichen Position!

Quelle: Bolte/Hradil, 1984, Soziale Ungleichheit, S. 220

Kritik der Klassen- und Schichtmodelle

- Kritik an den klassischen Modellen
 - Innerhalb der Schichten ist die Varianz der Lebenslagen zu groß
 - Eine hierarchische Ordnung ist auch nicht mehr sinnvoll
 - Schichtmodelle bilden keine monotone Wohlbefindensskala
 - Individualisierung (Beck, 1983)
 - Jede Form der Gruppierung in modernen Gesellschaften ist zum Scheitern verurteilt
- Heute im Großen und Ganzen drei „Lager“
 - Individualisierung: verwenden diese Modelle nicht mehr
 - Klassen: Die neuen differenzierten Klassenkonzepte (EGP) sind nach wie vor ungleichheitsrelevant
 - „Klasse“ erklärt Varianz in Modellen des Wohlbefindens
 - „Dimensionale“ Ungleichheitsforschung: Schichtbildung macht heute keinen Sinn mehr, aber die Dimensionen sozialer Ungleichheit haben nach wie vor großen Einfluss auf die Lebenslage

KAPITEL 4: Soziale Ungleichheit

4.5 Soziale Mobilität

Josef Brüderl
Vorlesung Sozialstrukturanalyse



Soziale Mobilität

- Def.: Veränderung ungleichheitsrelevanter Merkmale
 - Einzelner Dimensionen der sozialen Ungleichheit
 - Bildungs-, Berufs-, Einkommensmobilität
 - Mehrere Dimensionen
 - Schicht-, Klassenmobilität
- Veränderung innerhalb oder zwischen Generationen
 - Intragenerationale Mobilität
 - Veränderung im Lebensverlauf eines Menschen
 - Bsp.: beruflicher Aufstieg (Karrieremobilität)
 - Intergenerationale Mobilität
 - Veränderung zwischen den Generationen
 - Bsp.: Bildung der Eltern und Bildung der Kinder
- Richtung der Veränderung
 - Vertikale Mobilität: Aufstiegs- oder Abstiegsmobilität
 - Horizontale Mobilität: berufliche Veränderung (ohne Auf-/Abstieg)

Intragenerationale Mobilität

- Ausmaß der Karrieremobilität
 - In D eher niedrig, wg. enger Koppelung von Ausbildung und Beruf
- Haben sich die Lebensverläufe verändert?
 - These I: früher folgten die meisten einer „Normalbiographie“
 - Männer: Schule, Ausbildung, lebenslange Beschäftigung in einem Betrieb, Rente
 - Frauen: Schule, ungelernte Tätigkeit, Hausfrau
 - These II: heute zeigt sich eine De-Standardisierung der Verläufe
 - Globalisierung: Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse
 - Lebenslanges Lernen und biographische Brüche
 - Besonders starker Wandel bei den Frauen
 - Analog im Bereich der Lebensformen: Pluralisierung
 - Antwort unklar
 - Die Normalbiographie war früher nicht so dominant
 - Die De-Standardisierung wird gerne übertrieben

Intergenerationale Mobilität

- Klassisch soziologisches Forschungsthema
 - Geschlossene Gesellschaft
 - Statuszuweisung überwiegend durch Geburt
 - Offene Gesellschaft
 - Statuszuweisung durch Leistung
- Klassische Methode: die Mobilitätsmatrix
 - Verteilung der sozialen Position der Kinder in Abhängigkeit von der sozialen Position der Eltern
 - Meist: Position des Sohnes in Abhängigkeit von Position des Vaters
 - Abstromprozente: in welche soziale Positionen gehen die Kinder?
 - Auf- bzw. Abstiegschancen von Kindern
- Modernere Methode: Pfadanalyse
 - Z.B. das Status-Attainment-Modell

Mobilitätsmatrix: Klassenmobilität

Väter ¹	Söhne ¹						Gesamt	
	obere Dienst- klasse ²	untere Dienst- klasse ³	Fach- arb./ Techn.	sons- tige Ar- beiter	Selb- stän- dige ⁴	landw. Berufe	% Abstromprozent	Fallzahl
Westdeutschland								
obere Dienstklasse ²	49	21	19	(4)	7	(0)	100	162
untere Dienstklasse ³	20	38	33	(3)	6	(1)	100	177
Facharbeiter/Techniker	9	18	57	10	5	(0)	100	675
sonstige Arbeiter	(5)	16	61	12	(4)	(2)	100	186
Selbständige ⁴	18	26	26	7	22	(1)	100	153
landwirtschaftl. Berufe	11	10	28	16	8	28	100	239

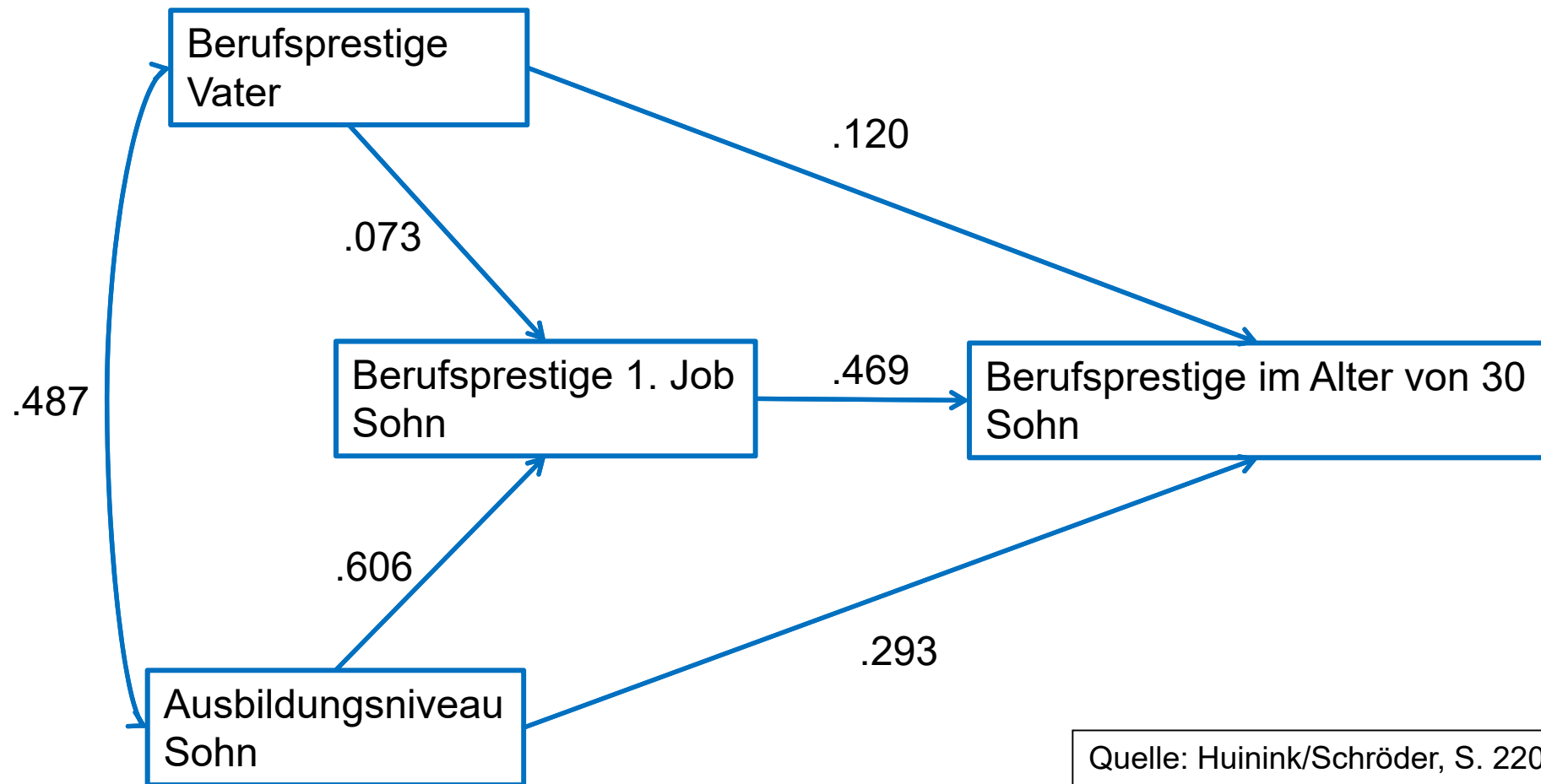
- Historischer und internationaler Vergleich
 - Erikson/Goldthorpe (1992) The Constant Flux.
 - Befund: Mobilitätsquoten haben sich im 20. Jhd. nicht groß verändert, erst in jüngster Zeit ist eine Erhöhung zu beobachten

Quelle: Thomas Klein:
Sozialstrukturanalyse,
S. 296f

Pfadanalyse: Status-Attainment-Modell

- Wie kommt man zu seinem sozio-ökonomischen Status?
 - Klassiker: Blau/Duncan (1967) „The American Occupational Structure“
 - Geschlossene Gesellschaft: Beruf des Vaters bestimmt Beruf Sohn
 - Offene Gesellschaft: Bildung des Sohns bestimmt Beruf
- Ergebnisse von Regressionsanalysen (s. nächste Folie)
 - Die Pfeile bedeuten, dass es einen gerichteten Effekt gibt
 - Die Zahlen geben Richtung und Stärke des Effektes an
 - Standardisierte Regressionskoeffizienten
 - Berufsstatus Vater korreliert stark (.49) mit Bildung Sohn
 - Starke Bildungsvererbung liegt vor
 - Berufsstatus Vater hat deutlich schwächeren Effekt (.07) als Bildung Sohn (.61) auf den Berufsstatus des 1. Jobs des Sohns
 - Eigene Leistung wichtiger als Herkunft
 - Effekt des Berufsstatus des Vaters auf den Berufsstatus des Sohnes im Alter 30 ist ebenfalls schwach (.12)
 - Nur geringe Statusvererbung

Pfadanalyse: Status-Attainment-Modell



Quelle: Huinink/Schröder, S. 220

Daten: Deutsche Lebensverlaufsstudie
Männer der Kohorten 1949-51

Zitierte Literatur

- Becker, G. (1964) Human Capital. University of Chicago Press.
- Bolte, K.M. und S. Hradil (1984) Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich.
- Boudon, R. (1974) Education, Opportunity, and Social Inequality. Wiley.
- Brüderl, J. (2004) Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. Aus Politik und Zeitgeschichte B 19: 3-10.
- Brüderl, Josef, Fabian Kratz und Gerrit Bauer (2018) Life course research with panel data: An analysis of the reproduction of social inequality. Advances in Life Course Research (im Erscheinen).
- Bundesregierung (2016) Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/static/LB/index.html>
- Conti, G, J. Heckman und S. Urzua (2010) The Education-Health Gradient. AER 100 (May): 234-238.
- Cunha, F. und J. Heckman (2006) Investing in Our Young People. Unveröff. Manuskript.
- Eckhard, J. (2015) Abnehmende Bindungsquoten in Deutschland. KZfSS 67: 27-55.
- Esser, H. (1993) Soziologie: Allgemeine Grundlagen. Frankfurt: Campus.
- Felbermayr, G. et al. (2016) Entwicklung der Einkommensungleichheit. München: Stiftung Familienunternehmen.
- Frick, J. und M. Grabka (2009) Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW Wochenbericht 04/2009.
- Gartner, H. und T. Hinz (2009) Geschlechtsspezifische Lohnungleichheit in Betrieben, Berufen und Jobzellen (1993-2006). Berliner J. Soziologie 19: 557-575.
- Goldin, C. und L. Katz (2008) The Race Between Education and Technology. Harvard University Press.
- Grabka, M und J. Goebel (2017) Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen. DIW Wochenbericht Nr. 4, 2017.

Zitierte Literatur

- Huinink, J. und T. Schröder (2008) Sozialstruktur Deutschlands. UVK Verlagsgesellschaft.
- Joachimiak, W. (2013) Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich? STATmagazin 03/2013.
- Klein, Th. (2005) Sozialstrukturanalyse. Rowohlt.
- Lampert, T. et al. (2013) Gesundheitliche Ungleichheit. S. 259-271, in: Datenreport 2013. bpb.
- Luy, M. (2003) Causes of Male Excess Mortality. Population and Dev. Rev. 29: 647-676.
- Neugebauer, M. (2010) Bildungsungleichheit und Grundschulempfehlung beim Übergang auf das Gymnasium. ZfS 39: 202-214.
- Ochsenfeld, F. (2012) Gläserne Decke oder goldener Käfig? KZfSS 64: 507-534.
- Schmillen, A. und H. Stüber (2014) Bildung lohnt sich ein Leben lang. IAB-Kurzbericht.
- Skopek, J. et al. (2009) Partnersuche im Internet. KZfSS 61: 183–210.
- Smith, A. (1776) The Wealth of Nations.
- Statistisches Bundesamt (2012) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, Fachserie 15, Heft 6.
- Stock, M. (2017) Hochschulexpansion und Akademisierung der Beschäftigung. Soziale Welt 68: 347-364.
- Vogt, T. (2013) How many years of life did the fall of the Berlin Wall add? Gerontology 59: 276-282.
- Wagner, M. (2008) Entwicklung und Vielfalt der Lebensformen. S. 99-120, in: N. Schneider (Hg.) Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Budrich.